



Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Juni-Heft vom 01.06.2020

Nr. 02/2020

„Volonté Générale“
(Volkswille)

- von Jürgen Michael
Hackbarth und Holger
Thurown.

Interview mit Rainer
Mausfeld

Das Rätssystem ist
identisch mit
Volksherrschaft/
Demokratie

- von J. M. Hackbarth

Kunst als Katalysator für
Aufstände und
Revolutionen Am Beispiel
der „Die Tribute von
Panem“

- von J. M. Hackbarth

Anders Wirtschaften
jetzt! (Aufruf)

- von Silke Helfrich, ...



Ein Projekt
unter Schirm-
herrschaft der
„Gesellschaft
der Gleichen“
(GdG)

<http://deraufstand.wihuman.de>





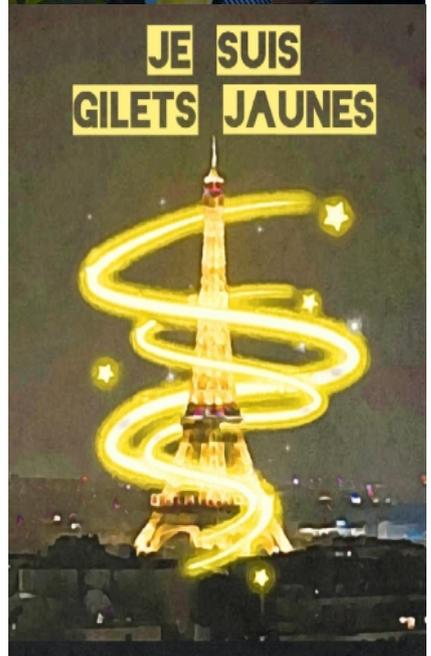
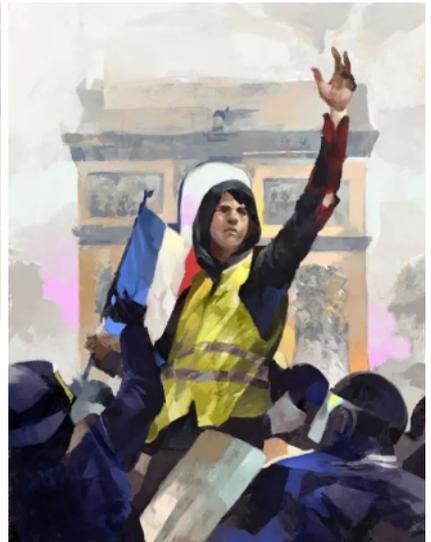
Gilets Jaunes? Gelbe Westen? Ich würde sagen, dass ich wohl ersteres bin, wobei beides eigentlich das gleiche ist. Aber ich werde es euch erklären. In Deutschland ist der wahrhaftige Geist der Gelbwesten-Bewegung aus Frankreich nie wirklich angekommen. Seit dem ersten Tag haben sich die Menschen unter die Bewegung gemischt, die jeder Bewegung durch ihre Anwesenheit schadet. Aber das ist ein anderes Thema. Mein Name ist Markus, bin 41 Jahre alt und lebe in Aachen. Ich bin seit dem ersten ACT der Franzosen vom Geist dieser Bewegung erfasst. Ich stehe 100% hinter den Forderungen und glaube, dass sie in jedem Land möglich wären. In unserem Land sollten wir (uns) diese Bewegung mit ihrer Vielfalt, ihrem Spirit und ihrer Leidenschaft als Vorbild nehmen. Die Weste steht für alle zusammen, gemeinsam. Alle Gemeinsam für eine Welt voll(er) Menschlichkeit, für eine soziale (und) gerechte Welt. Gegen den Kapitalismus. Schluss mit einem System, wo die Reichen den Armen mehr und mehr ausnehmen. Wir sind gegen Neoliberalismus. Ich gebe mit meiner Kunst und meinen Aktionen Einblicke in die Bewegung. Vor fast einem Jahr habe ich auf Facebook ein Kunstprojekt gestartet. Dort versuche ich Kunstbegeisterte, Künstler und auch alle anderen Gelb Westen zusammen zu bekommen. Wir müssen endlich alle zusammenstehen, merken, dass wir als Menschen dieser Erde alle eins sind und gemeinsam den Weltfrieden No1 erreichen können. Für uns und die Menschheitsfamilie. Es lebe die Bewegung der Gilets Jaunes.

Viva la Revolution!

P.S.: Alle von mir selbst gemachten Bilder können selbstverständlich gekauft werden, vom Erlös gehen 30Prozent an einen wohltätigen Zweck. Die Bilder spiegeln nur einen kleinen Teil meiner Kunst wieder. Ich male, spraye, produziere Filme und entwerfe Design Bilder. Alles ist unter folgenden Adressen zu sehen.

FB: Gilets Jaunes Kunstprojekt

Yt : Gilets Jaunes Grenzland Kunstprojekt



Inhaltsverzeichnis:

Seite	Thema
2	Künstlerseite
3	Inhaltsverzeichnis/Einleitung
4	„Volonté Générale“ (Volkswille) - von Jürgen Michael Hackbarth und Holger ThurowN.
8	Plötzlich veränderte Bewußtseins-zustände in der Bevölkerung - von Holger ThurowN.
11	Interview mit Rainer Mausfeld - Rainer Mausfeld - Thorsten Nemela, - Holger ThurowN. und - Jürgen Michael Hackbarth
19	Das Rätssystem ist identisch mit Volksherrschaft/ Demokratie - von Jürgen Michael Hackbarth
24	Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen - Am Beispiel der „Die Tribute von Panem“ - von Jürgen Michael Hackbarth
26	Anders Wirtschaften jetzt! Aufruf der Initiativen für einen ökonomischen Wandel zu einem zukunftsfähigen und gerechten Wirtschaften! - von Silke Helfrich (Commons), - Matthias Schmelzer (Degrowth/Postwachstum), - Christian Felber (Gemeinwohl- Ökonomie), - Thomas Dönnebrink (Kollaborative/Kokreative Ökonomie), - Dagmar Embshoff (Solidarische Ökonomie), - Friederike Habermann (Tauschlogikfreies Wirtschaften)
28	Der Aufstand Titelblätter der letzten 4 Ausgaben

Zur Einführung in diese Ausgabe

Das Bild auf der Titelseite spiegelt gut die surreale und absurde Situation wieder, in der diese Ausgabe erscheint und verewigt sie auf eine ganz spezielle Weise.

Ein "Maskenmann" in „Gelber Weste“ die blau erscheint und mit der Maske des Gehorsams gegenüber einer Regierung gepeinigt! So falschfarben und verrückt wie dieses Bild erscheint, spiegelt es die gegenwärtige gesellschaftliche Situation wieder, die wir gerade erleben und die in der Geschichte bisher ihres Gleichen sucht.

Ja, die Initiative im Klassenkampf zwischen den sozialen Klassen liegt im Moment in den Händen der herrschenden Klasse von Oligarchen.

Druck erzeugt automatisch Gegendruck und so ließ der

Widerstand gegen die neue Offensive der Klasse der reichsten Eigentümer nicht lange auf sich warten. Aber wie kommen wir in eine offensive Position und raus aus der Position des nur Reagierens? Wie finden wir eine feste Position, aus der wir selbst die Initiative übernehmen und offensiv gegen die bestehenden Machtverhältnisse vorgehen können?

Inzwischen müssen wir Bilanz ziehen und alle Verluste von der Habenliste streichen, alles Dazugewonnene sichern und unsere Verteidigungslinien an neuen Positionen aufbauen.

Wenn wir über die Verluste nachdenken, interessieren uns auch die folgenden Fragen: Was macht dieser Irrsinn mit den Menschen in dieser Gesellschaft und wie viele Menschen werden aus dieser „Panik“ nicht wieder heraus finden? Was sind die „Kollateralschäden“ an Menschenleben, sozialen Existenzen und Rechtsverlusten?

Die Herrschenden haben alle Brücken in ein Zurück abgerissen und stürmen so weit vorwärts bis wir sie stoppen. Der Schwung ihres Vorstoßes gegen unsere flüchtigen Rechte ist etwas ins Stocken gekommen, aber nicht wirklich zum Stillstand gebracht. Sie sammeln gerade neue Kräfte für die „nächste Welle“ und wir brauchen dringend Pläne mit Händen und Füßen. Lasst uns also auch in dieser Zeitschrift über strategische Überlegungen sachlich und konstruktiv streiten, denn alles was uns bewegt, muss vorher durch unseren Kopf, damit wir nicht kopflos handeln.

Wir laden also alle revolutionären Denker, die wir erreichen können, in diese Zeitschrift mit ihren Lösungsvorschlägen ein, damit wir gemeinsam Pläne entwerfen, die allen Völkern helfen sich zu befreien, damit sie ihre angestammten Menschenrechte auf Selbstbestimmung wieder erlangen. Dazu sprechen wir ganz gezielt bekannte revolutionäre Denker an und prüfen, ob sie für kooperatives Denken und Planen mit uns und unseren Lesern bereit sind. Unsere Leser bitten wir um Leserbriefe, die wir natürlich ungekürzt aufnehmen und dessen Fragen wir an alle Autoren und Gastautoren weiter leiten. Die Redaktion garantiert dafür, dass jede, wirklich jede Frage beantwortet wird und jede neue revolutionäre Idee präsentiert wird.

Mit dieser Ausgabe haben wir das Spektrum der Themen wieder erweitert und werden sie in den nächsten Ausgabe noch um weitere Themen ergänzen.

Wir wünschen allen Lesern viele Anregungen, damit sie genügend Stoff für Leserbriefe, oder eigene Artikel finden.

Die Redaktion

IMPRESSUM V.i.S.d.P.

Herausgeber: Holger Thurow-N.

Redaktion, gestellt vom Philosophenclub unter
Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GbR)

Tel.: 0171-2080710

Anschrift: Holger Thurow-N., Reclamstr. 30, 22111 Hamburg

Email an die Redaktion:

radikaldemokratie-und-besitzrecht@wihuman.de





„Volonté Générale“ (Volkswille)

war Titel eines Beitrages des Magazins „philosophie“, Ausgabe Nr. 2/2020, S. 76, von Redakteurin Theresa Schouwink

„Im Heft geht sie unter anderem dem Trend der living funerals nach und erläutert den *volonté générale* Jean-Jacques Rousseaus.“

So lautet die Ankündigung im Heft. *living funerals* heißt: lebendige Beerdigung. Sehr treffend, bezogen auf die lebendige Beerdigung der Mündigkeit des Volkes, durch eine Scheindemokratie.

Auf Seite 76 zitiert die Redakteurin Rousseau (aus „Vom Gesellschaftsvertrag“, 1762) wie folgt:

„Es gibt oft einen beträchtlichen Unterschied zwischen dem Gesamtwillen (*volonté de tous*) und dem Gemeinwillen (*volonté générale*); dieser sieht nur auf das Gemeininteresse und ist nichts anderes als eine Summe von Sonderwillen: aber nimm von ebendiesen das Mehr oder Weniger weg, das sich gegenseitig aufhebt, so bleibt als Summe der Unterschiede der Gemeinwille.“

Dieses Zitat ist falsch wiedergegeben! Aber wir bringen das hier gern in Ordnung. Im 3. Kapitel, unter der Überschrift „Ob der allgemeine Wille irren kann“, findet sich bei Rousseau folgender Absatz, Zitat:

"Oft ist ein großer Unterschied zwischen dem Willen aller und dem allgemeinen Willen; letzterer geht nur auf das allgemeine Beste aus, ersterer auf das Privatinteresse und ist nur eine Summe einzelner Willensmeinungen. Zieht man nun von diesen Willensmeinungen das Mehr und Minder, das sich gegenseitig aufhebt, ab, so bleibt die Differenzsumme der allgemeine Wille übrig.“ (Originalzitat von Rousseau)

Aber dies schrieb er unter folgendem Zusammenhang, Zitat:

"Aus dem Vorhergehenden ergibt sich, daß der allgemeine Wille beständig der richtige ist und immer auf das allgemeine Beste abzielt; daraus folgt jedoch nicht, daß **Volksbeschlüsse** immer gleich richtig sind. Man will

stets sein Bestes, sieht jedoch nicht immer ein, worin es besteht. Das Volk läßt sich nie bestechen, wohl aber oft hinter das Licht führen, und nur dann scheint es Böses zu wollen." (Originalzitat von Rousseau, fett von mir)

Es geht also um **Volksbeschlüsse** und das Finden gemeinsamer Interessen und für einen jeweiligen Volksbeschluss um ein gemeinsames Interesse für ein entsprechendes Gesetz. Natürlich kann ich hier nicht das gesamte Werk von Rousseau zitieren, aber ich empfehle es selbst zu lesen. Auf ihre eigene Zitatcreation fragt die Redakteurin, Zitat:

„Die Relevanz

Wie läßt sich Herrschaft legitimieren? Als erster moderner Denker antwortet Rousseau hierauf, dass die Macht beim Volk selbst liegen müsse. Ihm schwebt allerdings keine repräsentative Demokratie mit konkurrierenden Parteien vor. Vielmehr solle der „Gemeinwille“, mit dem sich alle Bürger identifizieren, leitend sein. Die Idee erfuhr unterschiedlichste Ausdeutungen: Die Jakobiner verstanden sie zur Zeit der Französischen Revolution als Rechtfertigung ihrer Terrorherrschaft, die 68er hingegen als Anleitung zur Basisdemokratie. In unserer gegenwärtig stark polarisierten Gesellschaft verweist der „Gemeinwille“ vor allem auf eine drängende Frage: Kann politischer Zusammenhalt bestehen, wenn Individuen und Gruppen jeweils nur ihre eigenen Interessen verfolgen?“

und erklärt, Zitat:

„Die Erklärung

Rousseau unterscheidet den „Gemeinwillen“ vom „Gesamtwillen“. Letzteren hält er für problematisch, weil er lediglich von „Privatinteressen“ motivierte „Sonderwillen“ summiert. Auf diese Weise könnten sich Mehrheiten für Entscheidungen ergeben, die das „Gemeininteresse“ gefährden. Beispielsweise wäre es wohl im Privatinteresse vieler, keine Steuern zu zahlen. Würde man nun deshalb alle Steuern abschaffen, wären die Folgen für die Allgemeinheit desaströs. Rousseau fordert, dass jeder Bürger sich als Teil des Ganzen begreift und sich fragt, was er für das Zusammenleben aller will. Wenn so das jeweils Partikulare von den Sonderwillen abgezogen wird, ergibt sich ein einstimmiger und vernünftiger „Gemeinwille“ - zumindest in der Theorie.“

In der Praxis wird mit dem so genannten „vernünftigen Gemeinwillen“, dem „Vollwillen“, dem „*volonté générale*“ die Diktatur der herrschenden Klasse legitimiert und dafür auch noch Rousseau herangezogen, der ein radikal demokratisches Staatsmodell entwickelt hat, in dem die Beschlüsse, also die Gesetze, vom Volk gemacht werden, namentlich vom Verfassungsvolk – zumindest in der Theorie.

In der Praxis repräsentativer Systeme triumphieren Privatinteressen Einzelner. Einen einzigen allgemeinen Volkswillen kann es niemals geben, weil es unmöglich ist, ihn festzustellen oder gar noch für die Zukunft zu fesseln. Aber es ist möglich das Volk zu fesseln, nämlich an den Willen einer Herrschenden Klasse unter Behauptung im Namen des Volkes zu entscheiden. Und diese Art von „Legitimation“ ist Entmündigung.



„Das Volk läßt sich nie bestechen, wohl aber oft hinter das Licht führen, und nur dann scheint es Böses zu wollen“,

schrieb Rousseau. Wenn er heute sehen könnte, wie oft es schon hinters Licht geführt wurde, **im Namen des Volkes**, vielleicht hätte er einige Absätze nochmal überdacht.

Der „volonté générale“ (Volkswille) wurde unter Herrschaft der Jacobiner und dessen Führer Robespierres an die Stelle des Konsents gesetzt und die Rechtsprechung erfolgte unter dieser Herrschaft nicht mehr im Namen der Republik, sondern im Namen des Volkes. Das Wort „Wille“ schließt aber die vielfältigen Prozesse des Meinungs-austausches, des Hörens und des Gehörtwerdens aus. Die Behauptung, dass es einen Volkswillen gibt, kann nur von jemanden aufgestellt werden, der ihn gegen die begrenzte Übereinstimmung eines Staatsvolkes in Form eines „Konsent“ in absoluter Weise durchsetzen und mit allen Mitteln durchzusetzen gedenkt und natürlich alle Andersdenkenden als Feinde des „Volkswillens“ deklariert. Dies erzeugt automatisch eine Diktatur dieses von wem auch immer verorteten „Volkswillens“ und vernichtet jeden föderalen Ansatz.

Wie oft berufen sich auch heute Politiker und deren Agitatoren auf eine imaginäre „öffentliche Meinung“, um jede Kritik an ihrem Handeln als gegen den „Volkswillen“ gerichtet zu kennzeichnen? Bei der „öffentlichen Meinung“ verweist man natürlich auf den „volonté générale“ (Volkswillen), aber eben nicht auf eine Meinung, auf die sich viele in einer öffentlichen und demokratischen Debatte geeinigt haben. Eine solche unter Umständen lang andauernde Einigung eines Staatsvolkes, hat nichts mit einem „Willen des Volkes“ zu tun, der von Inhabern der staatlichen Gewalt von Zeit zu Zeit benutzt wird, um **deren** unliebsame Entscheidungen gegen Widerstände legitimieren zu wollen. Die jüngsten Beispiele so genannter Allgemeinverfügungen zeigen sehr anschaulich ein Prinzip zur Selbstermächtigung, auf Basis des „volonté générale“ (Volkswillens), genau die gleiche Basis wie vor 170 Jahren, als 1851 mit Napoleon dem III. (Louis Napoléon Bonaparte) die erste Diktatur aus der Taufe gehoben wurde, die als Blaupause dienen konnte, für die späteren Faschisten, mit Hilfe einer Volkswahl, dem „volonté générale“ und anschließendem Staatsstreich, eine Diktatur zu errichten.



Napoleon der III.

Immer wieder erfreut sich der Plebiszit, die Volksabstimmung, die Volksbefragung bei diktatorischen Machtgebilden großer Beliebtheit, um es anschließend zum Volkswillen, oder zum Volksbeschluss zu erklären, was der Diktatur die Legitimation zur anschließenden Verfolgung aller bei der Abstimmung unterlegenen Meinungen liefert.

„Man könnte die Verfassungsgeschichte Frankreichs,

wo noch in den Revolutionsjahren eine Verfassung auf die andere folgte, während die Machthaber außerstande waren, auch nur ein Minimum der unzähligen revolutionären Gesetze und Verordnungen durchzusetzen, als eine nicht abreißen wollende Kette von Demonstrationen zitieren, die immer wieder bewiesen, was ja eigentlich von Anfang an hätte klar sein müssen, daß nämlich der sogenannte Wille eines Kollektivs (wenn man darunter mehr als eine legale Fiktion versteht) sich von Tag zu Tag, ja von Minute zu Minute ändert, und daß ein Gebilde, das man auf dem Nationalwillen errichtet, auf Sand gebaut ist. Das Einzige, was die auf der volonté générale gegründeten Nationalstaaten immer wieder vor dem unmittelbaren Zusammenbruch rettet, ist die phantastische Leichtigkeit, mit der jeder, der Lust auf die Last und Glorie der Diktatur hat, diesen sogenannten Nationalwillen manipulieren und sich unterwerfen kann. Die Diktatur ist die Regierungsform, die dem Nationalstaat gleichsam auf den Leib geschrieben ist, und Napoleon Bonaparte war nur der erste und ist immer noch einer der größten unter den nationalen Diktatoren, der unter dem Beifall der gesamten Nation erklären konnte: »Je suis le pouvoir constituant«. Jedoch bedurfte es des Diktats des Willens eines Mannes, in dem sich die nationalstaatliche Fiktion eines einmütigen Volkswillens verkörpern konnte, immer nur in Krisenzeiten; es war nicht der Wille, sondern das Interesse, die solide Struktur der Klassengesellschaft, die dem Nationalstaat sein eigentliches Fundament verlieh. Und dieses Interesse – das intérêt du corps, mit den Worten Sieyès', durch das nicht der Bürger, sondern der Privatmensch »sich mit anderen Privatmenschen zusammenfindet« – war niemals eine Äußerung des Willens, sondern eine weltliche Gegebenheit bzw. die Manifestation der jeweiligen Weltteile, die bestimmte Gruppen, Corps oder Klassen, gemeinsam hatten, weil sie sie zusammen bewohnten oder besaßen. (Hanna Arendt, „Über die Revolution“, Seite 230)“

Aus diesem Grunde kann man gerade angesichts aktueller politischer Krisen den Begriff des „volonté générale“ nicht nur oberflächlich streifen und sollte wenigstens die verschiedenen Auswüchse der Geschichte etwas näher beleuchten. Nicht zuletzt die Auswüchse der Volksgerichtshöfe eines so genannten „3. Deutschen Reichs“.

Der Plebiszit, die Volksabstimmung, die Volksbefragung, werden gerade wieder sehr populär in der demokratisch gesinnten Bevölkerung und entsprechenden Vereinigungen – auch unter dem Synonym „Direkte Demokratie“. Bei aller Gutwilligkeit, dies zu fordern, wird der versteckte Haken daran meistens übersehen: Die fehlende Gesetzesinitiative!

Und die liegt nicht beim Volk, sondern in Repräsentativsystemen, bei den Repräsentanten. Sie bestimmen die Fragen beim Plebiszit und nicht das Volk. Dadurch ist es für die Machthaber sehr einfach, den Ausgang einer Volksabstimmung ganz nach Wunsch ihrer heiß ersehnten Legitimation vorher schon zu bestimmen und natürlich mit Hilfe ihrer Massenmedien manipulativ

nachzuhelfen. Die so gewonnene Legitimation lässt sich für alle möglichen Verbrechen benutzen, die die Machthaber natürlich bis dahin geheim halten.

Der Plebiszit, die Volksabstimmung, die Volksbefragung, Direkte Demokratie, sind die beste Methode, jede Forderung nach Volksherrschaft (Demokratie), also jeder Forderung danach, die Gesetzesinitiative dem Volk zu überantworten (Demokratie), zu bekämpfen. Und zwar mit einem Fake! Und dieser Fake heißt „Plebiszit“, „Volksabstimmung“, „Volksbefragung“ oder „Direkte Demokratie“ - solange die Gesetzesinitiative bei den Repräsentanten liegt.

Alle Repräsentativsysteme basieren auf dem „volonté générale“ und heben ab, auf eine Diktatur der Mehrheit, die gar nicht die Mehrheit ist. Dazu ein Rechenbeispiel:

Von denen, die 2017 abstimmen durften, hatten sich 76,2% an der Bundestagswahl beteiligt. Von diesen 76,2 Prozent wählten 26,8% die CDU, 20,5% die SPD und 6,2% die CSU. Das heißt, sie wählten die Wahlprogramme dieser Parteien, an die die Personalien, die von den jeweiligen Parteien selbst bestimmt werden, gar nicht gebunden sind. Weil sie an nichts gebunden sind, außer ihrem Gewissen. Aber was ist das Gewissen?

Nichts!

Die CSU, mit 6,2% darf den Innenminister stellen (Horst Seehofer). Und die CDU, mit 26,8%, darf den Bundeskanzler stellen (Angela Merkel), sowie das Ministeramt für „Verteidigung“ (Annegret Kramp Karrenbauer) und den „Gesundheits“minister (Jens Spahn). Macht und Gewalt liegen also in der Hand von 4 Vorsitzenden zweier Parteien, die $26,8+6,2=33$ mit 33% in der wahlberechtigten Bevölkerung vertreten, und genauer gerechnet, bei einer Wahlbeteiligung von 76,2% der wahlberechtigten Bevölkerung vertreten diese Repräsentanten 25,2% der wahlberechtigten Bevölkerung in den Wahlprogrammen von CDU und CSU. Aber was ist das Wahlprogramm für die Regierung?

Nichts!

Die Polizeiknüppel der Beamten des Herrn Seehofer knüppeln mit der Legitimation von 4,7 Prozent (von 76,2% der wahlberechtigten Bevölkerung für die CSU) die Coronaproteste nieder. 4,7 Prozent würden nicht einmal ausreichen, um überhaupt in den Bundestag zu kommen. Aber für den „volonté générale“, für den Betrug mit dem Volkswillen, reicht es. Und diese Rechnung ist immer noch falsch und die Zahlen immer noch zu hoch. Der Anteil der Menschen, die nicht abstimmen durften, weil sie als „Ausländer“ im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 GG nicht wahlberechtigt sind, lag 2017 in Deutschland mit ca. 10,7 Millionen bei etwa 12,9% Anteil an der Gesamtbevölkerung von ca. 83 Millionen. Nur ca. 61,68 Millionen waren bei der Bundestagswahl 2017 wahlberechtigt. Diejenigen, die arbeiten und Steuern zahlen und den Staatsapparat mitfinanzieren und uns alle mitfinanzieren aber nicht abstimmen dürfen, weil sie „Ausländer“ sind, dürfen nicht wählen? Diesen Anteil mit eingerechnet wäre die wahre Legitimation eines Herren Seehofer so niedlich, dass es für ihn peinlich sein müsste, überhaupt einmal in die Kamera seiner Medien reinzugucken. Vermutlich spüren das die Vertreter der CSU und züchten insgeheim aus diesem Grund einen Hotspot der Ausländerfeindlichkeit. Was können also „Ausländer“ von

dieser so genannten „westlichen Demokratie“ nur halten?

Nichts!

Was bedeutet das für die Wahlen insgesamt?

Betrug!

Abgesehen von dem mehrfachen Betrug und dem mehrfachen Nichts hat sich Rousseau zu geheimen Abstimmungen wie folgt geäußert, Zitat:

„Die Stimmeneinsammlung war bei den Römern in der ersten Zeit ebenso einfach wie ihre Sitten, wenn auch nicht ganz so einfach wie in Sparta. Jeder gab seine Stimme laut ab, während ein Schreiber sie der Reihe nach aufschrieb (...) Diese Sitte war gut, solange noch Redlichkeit unter den Staatsbürgern herrschte und jeder sich schämte, öffentlich für eine ungerechte Sache oder einen ungerechten Menschen zu stimmen; als das Volk jedoch verdorben war und man die Stimmen kaufte, zog man geheime Abstimmungen vor, um die Käufer in Mißtrauen zu halten und den Betrügnern zu ermöglichen, nicht als Verräter zu erscheinen.“ (Jean Jacques Rousseau „Der Gesellschaftsvertrag Prinzipien des politischen Rechtes“, Seite 175)

Für das ganze Ausmaß von Betrug, Frechheit und Dreistigkeit lieferte der ehemalige Bundeskanzler Schröder ein sehr aktuelles Beispiel, dass veröffentlicht wurde auf der Nachrichtenseite von t-online, am 25.05.2020, siehe [hier](#).

Alt Bundeskanzler rechnet ab

Schröder zu Corona-Protessen: "Idioten gab es immer"

25.05.2020, 16:18 Uhr | dpa



Gerhard Schröder. Der Altbundeskanzler attackiert Corona-Demonstranten. (Quelle: Photothek/imagoe images)

Zitat:

„Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) sieht in den Protesten gegen die Einschränkung der Freiheitsrechte in der Corona-Krise eine "soziale Gefährdung der demokratischen Substanz".“

Natürlich hat sich gerade die SPD mit der unverblühten Arroganz ihrer Repräsentanten, den ehemaligen und den amtierenden, ihren prozentualen Absturz in der Bevölkerung redlich verdient. Die Beleidigung eines Herrn Schröder, gegenüber der demokratischen Substanz, also der Bevölkerung, die er hier „Idioten“ nennt, bestätigt diesen Trend. Die „Dankbarkeit“ für seine Legitimation ist diesem ehemaligen Repräsentanten förmlich ins Gesicht geschrieben und das Attribut, das Herr Schröder hier gebraucht, richtet sich von ihm zwar nicht gewollt, aber doch augenscheinlich auf alle, die den „volonté générale“ (Volkswillen) bejubelnd, sich Mund- und Nasenschutz freiwillig anlegen. Und das ist eine Minderheit in der Bevölkerung, wovon sich jeder selbst

durch eigene Beobachtung überzeugen kann.

Rousseau hätte sich zu seiner Zeit ganz sicher nicht träumen lassen, wozu seine Worte benutzt werden. Er war es, der Volksvertreter strikt ablehnte, Zitat:

„Die Staatshoheit kann aus demselben Grunde, die ihre Veräußerung unstatthaft macht, auch nicht vertreten werden; sie besteht wesentlich im allgemeinen Willen, und der Wille läßt sich nicht vertreten; er bleibt derselbe oder er ist ein anderer; ein mittleres kann nicht stattfinden. Die Abgeordneten des Volkes sind also nicht seine Vertreter und können es gar nicht sein; sie sind nur seine Bevollmächtigten und dürfen nichts beschließen. Jedes Gesetz, das das Volk nicht persönlich bestätigt hat, ist null und nichtig; es ist kein Gesetz. Das englische Volk wähnt frei zu sein; es täuscht sich außerordentlich; nur während der Wahlen der Parlamentsmitglieder ist es frei; haben diese stattgefunden, dann lebt es wieder in Knechtschaft, ist es nichts. Die Anwendung, die es in den kurzen Augenblicken seiner Freiheit von ihr macht, verdient auch wahrlich, daß es sie wieder verliert. Der Gedanke der Stellvertretung gehört der neueren Zeit an. Die Vertretung ist der Ausfluß jener unbilligen und sinnlosen Regierungsform der Feudalzeit, in der die Menschenwürde herabgewürdigt und der Name Mensch geschändet wird.“ (Jean Jacques Rousseau „Der Gesellschaftsvertrag Prinzipien des politischen Rechtes“, Seite 140)

Aber seine Theorie hatte Schwächen an anderen Stellen. Und alle Repräsentanten und Diktatoren setzten natürlich darauf auf und würden am liebsten den zitierten Absatz schwärzen, würden sie sämtliche Exemplare seines Werkes habhaft werden.

Sehr gern wurde aber Rousseaus Konstruktion einer vielköpfigen „Einheit“ einer fiktiv angenommenen Nation, die vorher durch den Absolutismus des Königs gegeben war, von allen Vertretern des Bürgertums, und daher von der Eigentümerklasse genommen, weil diese theoretische Konstruktion Nationalismus begründet und damit ihre despotische Herrschaft in jedem Falle begünstigt und den Blickwinkel von unten nach oben, von den Eigentumslosen zu den Eigentümern und daher von den Geknechteten auf ihre Herrscher, vernebelt.

Der „Volkswille“ einer Nation setzt stillschweigend die Existenz eines äußeren und inneren Feindes voraus, den es ständig zu bekämpfen und zu vertilgen gilt. Wer also einen fiktiven „Volkswillen“ proklamiert, möchte die Jagd auf die äußeren und inneren Volksfeinde eröffnen und damit seine diktatorische Herrschaft rechtfertigen, was Hannah Ahrendt sehr detailliert analysierte, Zitat:

„Rousseaus Theorien kamen den Männern der Französischen Revolution so außerordentlich gelegen, weil er anscheinend ein höchst ingeniöses Mittel gefunden hatte, eine Vielzahl von Menschen an den Platz zu stellen, der bisher von einer einzigen Person ausgefüllt worden war; denn der Allgemeine Wille war nichts mehr und nichts weniger, als was die Vielen in eine Einheit zusammenbinden sollte. Für diese Konstruktion einer vielköpfigen Einheit bediente sich Rousseau eines verführerisch einfachen und einleuchtenden Beispiels. Er

ging von der bekannten Erfahrung aus, daß zwei einander widerstrebende Interessen einmütig werden, sobald sie mit einem dritten Interesse konfrontiert sind, das sie beide gleichermaßen bekämpft. Politisch gesprochen, setzte er stillschweigend die Existenz eines auswärtigen Feindes voraus, vor dem ja auch alle Interessenkämpfe im Innern der Nation dahinfliegen und dem gegenüber die Nation einmütig wird. Nur unter der Voraussetzung unmittelbarer außenpolitischer Gefährdung kann es überhaupt so etwas wie »la nation une et indivisible«, das Ideal des französischen und allen sonstigen Nationalismus, geben. Darum kann sich die nationale Einheit nur in Fragen der Außenpolitik realisieren, und selbst da nur unter der Voraussetzung einer zumindest potentiellen Feindschaft. Auf dieser Binsenwahrheit beruht im Grunde die gesamte nationale Politik, wie wir sie aus dem neunzehnten und dem zwanzigsten Jahrhundert kennen, und sie folgt so offensichtlich aus der Theorie von einem Allgemeinen Willen, der die Nation beseelen müsse, daß Saint-Just bereits mit ihr völlig vertraut war: Nur außenpolitische Angelegenheiten könnten überhaupt eigentlich »politische« genannt werden, während das übrige Gebiet menschlicher Beziehungen unter das »Gesellschaftliche« fiel. (»Seules les affaires étrangères relevaient de la politique«, tandis que les rapports humains formaient »le social.«) Rousseau selbst aber ging einen Schritt weiter. Ihm genügte der äußere Feind als das die Nation einigende Prinzip nicht, er wollte, daß die Einheit und Einmütigkeit aus der Nation selbst aufsteige und so auch in der Innenpolitik wirksam werde. Das hieß aber, daß er den gemeinsamen Feind, der die Vielen in ein Eines zwingt, im Lande selbst entdecken mußte, und seine Lösung dieses Problems besagte, daß der allen gemeinsame Feind im Innersten jedes Bürgers existiere als dessen Einzelwille und Eigeninteresse. Der, wenn man so sagen will, Trick dieser Lösung besteht darin, daß dieser verborgene, innere Feind in der Brust jedes Einzelnen – der ja offensichtlich das gerade Gegenteil des ursprünglich gemeinten allen gemeinsamen Feindes ist – zum Rang eines die Nation von innen vereinigenden Prinzips aufsteigen Übereinstimmung zweier besonderer Interessen«, sagt Rousseau, indem er zustimmend den Marquis d'Argenson zitiert, »geht aus dem Gegensatz gegen ein drittes hervor. Er [d. h. d'Argenson] hätte noch hinzufügen können, daß die Übereinstimmung aller Interessen die Folge des Gegensatzes derselben gegen das eines jeden einzelnen ist. Gäbe es keine verschiedenen Interessen, so würde man das gemeinschaftliche, da es nie Hindernisse fände, kaum wahrnehmen. Alles würde ganz von selbst gehen, und die Politik würde aufhören, eine Kunst zu sein.« Dem Leser mag die merkwürdige Gleichsetzung von Wille und Interesse in dem Vorhergehenden aufgefallen sein, die das nie ausdrückliche theoretische Fundament der politischen Lehren Rousseaus bildet. Er braucht die beiden Worte durch den ganzen Contrat Social hindurch synonym, und er setzt stillschweigend voraus, daß der Wille nichts anderes ist als die gleichsam automatische Artikulierung eines Interesses. Daraus folgt für Rousseau, daß der Allgemeinwille eben die Artikulierung des Gesamtinteresses ist, des Interesses des Volkes oder der

Nation im ganzen, und da dieses Interesse oder dieser Wille allgemein sind, können sie nur dadurch hervorgerufen werden, daß Einzelinteressen und Eigenwillen ihnen feindlich entgegenstehen. In der Rousseauschen Konstruktion braucht die Nation nicht mehr auf den Feind zu warten, der die Landesgrenzen bedroht, um sich »wie ein Mann« zu erheben und die »union sacrée« zu vollziehen; die Einheit der Nation ist dadurch garantiert, daß jeder Bürger den Landesfeind in seiner eigenen Brust trägt und mit ihm auch das Allgemeininteresse, das nur der gemeinsame Feind wecken kann. Denn der allen gemeinsame Feind ist das Einzelinteresse und der Eigenwille eines jeden. Nur wenn jeder Einzelne sich selbst in seiner Vereinzelung den Krieg erklärt, kann er in die Lage kommen, in sich selbst seinen eigenen Feind zu erzeugen, und dieser Feind jedes Einzelnen als Einzelnen ist der Allgemeinwille; wenn ihm dies gelingt, ist er ein wirklicher und verlässlicher Bürger des Nationalstaats geworden. Denn »zieht man nun von diesen Willensäußerungen das Mehr und Minder, das sich gegenseitig aufhebt, ab, so bleibt als Differenzsumme der Allgemeinwille übrig«. Um der politischen Gemeinschaft der Nation anzugehören, muß der Bürger imstande sein, in einer ständigen Rebellion gegen sich selbst und seine eigenen Interessen zu leben. Das Mitleiden mit anderen, das dem eigenen Interesse ja durchaus entgegensteht, ist gleichsam die seelische Stimmung, in der sich diese Rebellion gegen sich selbst und das Einschwingen in den Allgemeinwillen am einfachsten und natürlichsten realisieren läßt. Nun hat es natürlich keinen nationalen Staatsmann gegeben, der Rousseau je auf diesem Wege ins logische Extreme gefolgt wäre, und wenn die gängigen nationalistischen Begriffe des Staatsbürgers auch weitgehend von der Voraussetzung des Landesfeindes ausgehen und auf ihr beruhen, so hat doch niemand je ausdrücklich gesagt, der allen gemeinsame Feind sitze in der eigenen Brust und jeder Bürger sei, sofern er ja notwendigerweise auch ein Einzelner ist, bereits ein potentieller Verräter. Anders aber steht es mit den Revolutionären und der revolutionären Tradition. Nicht nur in der Französischen Revolution, sondern in allen Revolutionen, die ihrem Beispiel folgten, erscheint das Einzelinteresse als eine Art gemeinsamer Feind, und die Terrortheorien von Robespierre bis Lenin und Stalin nehmen alle als selbstverständlich an, daß das Gesamtinteresse automatisch und ständig in Feindschaft liege mit dem Eigeninteresse jedes einzelnen Bürgers. (Hanna Arendt, „Über die Revolution“, Seite 100 – 105)

In einer Demokratie (Volksherrschaft) kann es nur einen Konsens eines Gemeinwesens zu bestimmten Fragen geben, der immer wieder neu zu verhandeln ist, sobald er in Frage gestellt wird, aber keine Diktatur eines imaginären Volkswillens. Politische Herrschaft beschneidet unsere Freiheit nur dann nicht, wenn wir sie selbst ausüben. Das! ist Rousseau.

**Jürgen Michael Hackbarth
Holger ThurowN.**

Plötzlich veränderte Bewußtseinszustände in der Bevölkerung

Menschen atmen in Angst und Schrecken vor einer Stachelkugel, COVID-19 genannt, mit Mund- und Nasenschutz überall, in Geschäften, in Bahnen, auf den Straßen, selbst allein im Auto, sich in großen Bögen ausweichend, ihr eigenes Kohlendioxid ein. Über Monate geschlossene Läden und Restaurants, einsame Straßen, die sonst belebt waren, Menschen verlieren ihren Broterwerb, die Angst vor der Zukunft wird zentnerschwer, Aufrufe zum Denunziantentum, besorgt um die Einhaltung der Verbote einer um die Gesundheit der Untertanen besorgten Regierung. Geschlossene Grenzen mitten im Land, Polizisten messen Abstände zwischen Menschen, verbieten Menschlichkeit in voller Inbrunst und Überzeugung das richtige zu tun, für ihre Dienstherrn. Es muss nur gut begründet sein. Die Wirtschaft angehalten, Regierungen überschlagen sich in Warnungen vor dieser schrecklichen Krankheit und füttern ihre Medien mit Drohungen, die an Hölle und Fegefeuer der Inquisition erinnern, für alle, die ihnen nicht glauben wollen. Und seien sie noch so kompetente, aber ungläubige Professoren und Doktoren. Nein! Blasphemie! Das Mittelalter der Moderne, innerhalb von 8 Wochen.

Kolorierte Aufnahmen des Virus vom National Institute of Allergy and Infectious Diseases, siehe



→ <https://de.wikipedia.org/wiki/SARS-CoV-2>



<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:DeepDreamingProcess.jp>
Selbst das imperiale Werkzeug der Definitionsmacht, dieses ganz speziellen Massenmedium, die „Wikipedia“, gibt an wie die Wirkung heißt. Gemeint ist die der Psychedelika der herrschenden Eigentümerklasse auf die konsumierenden Massen. Namentlich die **Wirkung ihrer Massenmedien.**

„**Psychedelisch** (zusammengesetzt aus altgriechisch ψυχή psyché, Seele‘ und δῆλος dēlos ‚offenkundig, offenbar‘) bezeichnet einen durch den Konsum von Psychedelika (psychedelisch wirkender psychotroper Substanzen) erreichbaren veränderten Bewusstseinszustand. Dieser ist unter anderem durch die teilweise oder komplette Aufhebung der Grenzen zwischen Selbst und Außenwelt sowie das zeitweilige Transzendieren von Alltagsbewusstsein und

Alltagserfahrung charakterisiert. Der Begriff ging 1956 aus einem Briefwechsel des Psychiaters Humphry Osmond mit dem Schriftsteller Aldous Huxley hervor." [Wikipedia-Artikel zum Begriff *Psychedelisch*]

Transzendieren heißt laut Duden: „die Grenzen eines Bereichs überschreiten“. Wie treffend. Was passiert mit den Menschen, wenn sie Grenzen des normalen zwischenmenschlichen Zusammenlebens überschreiten? Gab es das schon einmal? Wie kommen sie aus diesem Irrsinn wieder heraus? Diese Frage werde ich zum Schluss des Artikels beantworten.

Etwas zur Historie plötzlich veränderter Bewußtseinszustände in der Bevölkerung

Wann hatten wir in der Vergangenheit eine vergleichbare Situation? In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 geschah in Deutschland etwas, was die Täter jener Zeit nicht von sich selbst für möglich gehalten hätten, wenn ihnen ihre Taten 10 Jahre zuvor in einer Prophezeiung vorhergesagt worden wären, bekannt unter dem Namen, Zitat:

Reichspogromnacht (im nationalsozialistischen Deutschland offiziell Reichskristallnacht, auch Kristallnacht), Bezeichnung für die Nacht vom 9. zum 10. November 1938, in der im Gebiet des Deutschen Reiches 91 Juden ermordet, mehr als 30 000 Menschen verhaftet und viele von ihnen in Konzentrationslager verschleppt, fast alle Synagogen und mehr als 7 000 jüdische Wohn- und Geschäftshäuser zerstört wurden. Als Anlass für die Ausschreitungen galt die Ermordung des deutschen Botschaftssekretärs in Paris, Ernst Eduard vom Rath, durch den polnischen Juden Herschel Grynszpan am 7. November 1938. Die Reichspogromnacht ging auf eine Initiative des Propagandaministers Joseph Goebbels zurück und leitete eine neue Phase der Umsetzung des antisemitischen Programms der NSDAP ein.

[Brockhaus, Reichspogromnacht. <http://brockhaus.de/ecs/julex/article/reichspogromnacht> (aufgerufen am 2020-05)]

Die Tatsache, dass diese Schockwelle barbarischer Methoden des rechten Kleinbürgertums 1938 so und nicht anders tatsächlich passiert ist, erscheint in einem viel hellerem Licht, wenn die chronologische Entwicklung der **Massenmanipulation** jener Zeit in die Erinnerung mit einbezogen wird, Zitat:

Volksempfänger, im nationalsozialistischen Deutschland ab 1933 auf Anregung des Propagandaministeriums von allen Produzenten baugleich hergestelltes einfaches und billiges Rundfunkgerät (Einkreisempfänger für den Mittel- und Langwellenbereich), das für den Empfang von Ortssendern und des Deutschlandsenders geeignet war. Der Volksempfänger war ein wichtiges Instrument der nationalsozialistischen Propaganda, das rasche Verbreitung fand (bis 1938 rund 2,7 Mio. produzierte Volksempfänger) und erheblich zur Steigerung der Hörerzahlen beitrug (1928 2 Mio. Rundfunkteilnehmer in Deutschland, 1934 5 Mio., 1937 8,1 Mio., 1939 12,5 Mio., 1943 16,1 Mio.).

[Brockhaus, Volksempfänger. <https://brockhaus.de/ecs/enzy/article/volksempfänger> (aufgerufen am 2020-05), Hervorhebung von mir]



Der Volksempfänger wurde auch Goebbelschnauze genannt. Ist es nicht verblüffend, wie proportional die Kurve der Steigerung der Barbarei in der Nazizeit mit der Kurve der Anzahl der Hörer an diesem kleinen Radio verlaufen? In folgender Tabelle lässt sich das gut veranschaulichen. Die Zahlen entstammen dem Artikel aus Brockhaus online, zum Begriff „Volksempfänger“:

1938 über 8 Mio Hörer	Reichspogromnacht
1939 12,5 Mio Hörer	Überfall auf Polen
1943 16,1 Mio Hörer	Rede Goebbels im Sportpalast „Wollt ihr den totalen Krieg?“

Etwas zur Gegenwart plötzlich veränderter Bewußtseinszustände in der Bevölkerung

Wir leben seit 1945 bis jetzt in der Lage, in der die Barbarei des rechten Kleinbürgertums, welche auch als „Faschismus“ bezeichnet wird, bis jetzt noch zur Vergangenheit gehört. Allerdings werden Lohnabhängige, und das ist die Parallele, in einer Klassenherrschaft von der herrschenden Klasse der Eigentümer beherrscht. Was ist Eigentum?

Eigentum ist ein Rechtsverhältnis, welches jedem Eigentümer garantiert, dass Nichteigentümer an Besitz, Verfügung und Nutzung von Gütern ihres Bedarfs gewaltsam gehindert werden, wenn sie nicht für Eigentümer arbeiten wollen. Nichteigentümer sind deshalb bei Strafe von Hunger und Elend gezwungen, für den Lohn der Eigentümer, und daher für Eigentümer, zu arbeiten und deren Reichtum zu vermehren. Sie Lohnabhängig und bilden daher die Klasse der Lohnabhängigen. Das ist die politische Ökonomie des Kapitalismus.

Die Klasse der Eigentümer bedarf eines Gewaltapparates, dessen Unterhaltskosten sich proportional zum Erfolg der Massenmanipulation durch ihre Medien verhalten. Folgsame Untertanen sind billig und Aufstandsbekämpfung ist teuer.

Halbwahrheiten, Verdrehungen und Lügen zu verbreiten, ist zudem auch eine friedliche Methode und kommt ganz ohne Konzentrationslager und Massengräber aus. Zumindest in den Ländern, in denen eine „westliche Demokratie“ verortet werden soll, nach Lesart der westlichen Regierungen. Was muss denn verschwiegen, verdreht und weg gelogen werden? Erstaunlicherweise finden wir momentan gerade wieder im eigenen Werkzeug der Definitionsmacht der herrschenden Klasse einen Hinweis, Zitat zum Stichwort „Oligarch“:

Ein Oligarch (vom griech.: ὀλίγοι oligoi = „wenige“ und ἄρχων archon = „Herrscher, Führer“) ist ein Wirtschaftsmagnat oder Tycoon, der durch seinen Reichtum über ein Land oder eine Region weitgehende Macht zu seinem alleinigen Vorteil ausübt.

[<https://de.wikipedia.org/wiki/Oligarch>]

Rangliste der reichsten Eigentümer (Oligarchen) weltweit im

Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht

Jahr 2020 nach Vermögen (Stand 18. Mai; in Milliarden US-Dollar) [nach www.statista.com]:

	Name	Nation	Milliarden US-Dollar
1	Jeff Bezos	USA	145,4
2	Bill Gates	USA	104,8
3	Bernard Arnault & Familie	Frankreich	89
4	Mark Zuckerberg	USA	77,8
5	Warren Buffet	USA	66,7
6	Larry Ellison	USA	66,6
7	Steve Ballmer	USA	65,3
8	Larry Page	USA	62,1
9	Sergey Brin	USA	59,8
10	Armancio Ortega	Spanien	59,3
11	Michael Bloomberg	USA	58,6
12	Jim Walton	USA	55,8
13	Alice Walton	USA	55,6
14	Rob Walton	USA	55,3
15	Francoise Bettencourt & Familie	Frankreich	53,7
16	Mukesh Ambani	Indien	53,1
17	Carlos Slim Helu & Familie	Mexiko	49,7
18	Ma Huateng	China	47,5
19	MacKenzie Bezos	USA	47,3
20	Charles Koch	USA	44,4
21	Julia Koch & Familie	USA	44,4
22	Jack Ma	China	41,8
23	Elon Musk	USA	36,1
24	Phil Knight & Familie	USA	35,5
25	David Thomson & Familie	Kanada	34,7
...	...		
60	Vladimir Potanin	Russland	20,5
...	...		

Brockhaus online beschreibt diesen Begriff wie folgt, Zitat:

Oligarchen [zu Oligarchie] *Plural*, Bezeichnung für eine Gruppe von Unternehmern v. a. in Russland, die die Privatisierung seit dem Ende der Sowjetunion zum Aufbau sehr großer Vermögen nutzten und zu großem politischem Einfluss gelangten, ohne allerdings als geschlossene Gruppe aufzutreten.

[<https://brockhaus.de/ecs/enzy/article/oligarchen/>]

Aha, also Russland vor allem. Ein gutes Beispiel für eine Verdrehung der Tatsachen in der deutschen Enzyklopädie. Wer sich die Mühe macht und sich die Rangliste der reichsten Eigentümer ansieht, kann das leicht bemerken. Und wer noch genauer hinsieht und den Geschäftstätigkeiten, Beteiligungen und Geldflüssen dieser Leute nachgeht, findet plötzlich ganz

simple Erklärungen für die Außenpolitik ganzer Staaten. Natürlich möchten die Eigentümer der Massenmedien, die auch in dieser Liste stehen, gern etwas anderes: nämlich die stillschweigende Duldung unmenschlicher gesellschaftlicher Zustände. Die Duldung systematischer Zerstörung unserer natürlichen Lebensbedingungen, die Duldung von Atomwaffen, Die Duldung von Massenmord, die Duldung systematischer Degeneration sozialer Systeme, die Duldung von millionenfachem Hungertot und Sklavenarbeit, die Duldung von Kriegsverbrechen und Militäraktionen. Natürlich hat diese Duldsamkeit Grenzen und Aufstände verdichten sich zwangsläufig auf unserem vom Eigentumsrecht gezeichneten Planeten.

In Europa versetzte die Gelbwestenbewegung die französische Regierung in Angst und Schrecken. Ist so eine Corona-Stachelkugel nicht sehr praktisch für eine Legitimation der unglaublichsten Repression seit es überhaupt Regierungen und Diktaturen gibt? Wie nennt man das, wenn Regierungsvertreter das Wort „Demokratie“ in den Mund nehmen, aber hinter der Kamera im Homeoffice eine Diktatur errichten? Wort und Tat spiegelverkehrt. In der Farbenlehre nennt man das „invers“ (umgekehrt), in Grafikprogrammen finden wir die Funktion „invertieren“, um von Weiß auf Schwarz oder von Gelb auf Blau und umgekehrt zu wechseln, wobei das richtige Wort für die verordnete Quarantäne einer ganzen Bevölkerung nicht invers ist, sondern **pervers**. Ebenso wie die Bezeichnung „Philanthrop“ für jemanden, der Pläne für die Reduzierung der Bevölkerung schmiedet und ebenso für eine Rechtsordnung, die Nahrungsmittelspekulanten, und damit Mörder schützt.

„Schätzungen der Vereinten Nationen (UNICEF, 2018) zufolge sterben jedes Jahr rund 5,4 Millionen Kinder unter fünf Jahren. Rund 3 Millionen dieser Todesfälle sind auf die Folgen von Mangel- und Unterernährung zurückzuführen. Das sind etwa 8.200 Kinder unter fünf Jahren täglich oder etwa alle zehn Sekunden ein Kind.“ (https://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/pictures/publications/de/fact_sheets/topics/factsheet-hunger-welthungerhilfe.pdf)

Der Name dieser Rechtsordnung ist **Eigentumsrecht**. Ebenso pervers ist auch der soziale Unterschied zwischen Großbürgertum und Lohnabhängigen. Wenn wir die angefangene Liste der Reichsten dieses Planeten fortführen, kommen wir auch zu den Eigentümern der Psychodelika für die deutsche Bevölkerung. Wir brauchen nur der Spur des Eigentums zu folgen. Das ist sehr einfach, und gar nicht kompliziert.

383 (Forbes)	Friede Springer Axel Springer SE, Berlin Medien	Deutschland	3,9 Mrd.
715 (Forbes)	Familie Liz Mohn Bertelsmann, Gütersloh Medien	Deutschland	3,1 Mrd.
...	Familie Bauer Bauer Media, Hamburg Medien	Deutschland	3,3 Mrd.
...	Familie Hubert Burda	Deutschland	2,8 Mrd.

	Hubert Burda Media, München Medien		
...	Familie Johannes Mohn Bertelsmann, Gütersloh Medien	Deutschland	1,3 Mrd.
...	Dieter Schaub Medien-Union, Ludwigshafen; Süddeutscher Verlag, München Medien	Deutschland	0,95 Mrd.
...	Stefan von Holtzbrinck Holtzbrinck-Verlag, Stuttgart Medien	Deutschland	0,9 Mrd.
...	Monika Schoeller Holtzbrinck-Verlag, Stuttgart Medien	Deutschland	0,9 Mrd.
...	Familie Grotkamp Funke, Essen Medien	Deutschland	0,6 Mrd.
...	Dirk Ippen Münchener Merkur, München Medien	Deutschland	0,5 Mrd.
...	...		

[Quelle: <https://www.absatzwirtschaft.de/die-reichsten-medienmensch-bilanz-schaetzt-vermoegen-von-friede-springer-auf-4-mrd-euro-88591/>]

Inzwischen sind die Zahlen (von 2016) veraltet, die Damen und Herren des Großbürgertums halten sich bedeckt und ihre Zahlen in der Regel geheim. Journalisten mühen sich ab und die Zahlen in dieser Tabelle stammen von der Zeitschrift „Absatzwirtschaft“, angebunden an den Holtzbrinck-Verlag (siehe Tabelle). So könnte man sagen, die Reichen plaudern aus ihrem eigenen „Nähkästchen“. Und vermutlich sind sie stolz auf ihren Reichtum, der in Wahrheit Macht bedeutet. Die Macht des Großbürgertums entsteht durch Lobbyismus, also Kauf von Abgeordneten, denn sie haben genug Geld, um sie zu bezahlen, im Gegensatz zum Kleinbürgertum. Das Kleinbürgertum hat nicht genug Geld dafür und kann deshalb nur durch Parteien und eine Diktatur herrschen. Neben dem Kauf von Abgeordneten, der natürlich im Verborgenen geschieht und durch das „freie Mandat“ und das betrügerische Wahlsystem möglich ist, ist das Großbürgertum in der Lage, große Teile der Bevölkerung durch Massenmanipulation **ihrer** Massenmedien zu lenken und wirksame Aufstandsprävention zu betreiben.

Natürlich arbeiten sich Journalisten ab, den komplizierten Vernetzungsfilz des Großbürgertums aufzudecken und werden doch nie damit fertig. Die Verflechtungen im Eigentumsrecht sind durch Beteiligungen so mannigfaltig und komplex, dass es für ein Ende dieser Machtbasis nur eine einzige Lösung geben kann: ihr in Form einer neuen Verfassung, den Nährboden zu entziehen. Wenn sich **ein freies und souveränes Staatsvolk** dafür entscheidet, sich eine Verfassung zu geben, in der das Primat des Eigentumsrechts, durch das Primat des Besitzrechts ersetzt wird, entsteht plötzlich eine dem Gewaltrecht umgekehrte-, eine inverse Rechtssituation.

Denn Eigentumsrecht ist **Gewaltrecht** über Dinge, die Eigentümer nicht für sich selbst bedürfen, daher unter Androhung und Anwendung von Gewalt Anderen gegen Miete, Pacht und Bezahlung vorenthalten dürfen. Während ein

modernes Besitzrecht (auf Basis des Rechts des ersten Besitzers) das Recht bedeutet, in Besitz zu nehmen, was Menschen zum Leben brauchen und nichts darüber hinaus. Zur philosophischen Entwicklung eines modernen Besitzrechts erschien in Nr. 01/2020, vom 01.05.2020 dieser Zeitschrift ein Artikel von Jürgen Michael Hackbarth, siehe: <https://deraufstand.wihuman.de/wp-content/uploads/2020/05/Die-Radikaldemokratie-und-das-Besitzrecht-01-20.pdf> Wieviel Eigentum ist nötig, um Bewußtseinszustände großer Teile einer ganzen Bevölkerung plötzlich verändern zu können, so dass sie anfangen, den Eigenschaden zu bejubeln, wie es eine Droge vermag, die bei Überdosierung zum Suizid führen kann (Psychodelika)?

Die Corona-Diktatur ist bis jetzt noch relativ soft verlaufen, ganz nach Softpower-Manipulation. Menschen wurden noch nicht massenhaft in Foltergefängnisse verschleppt oder umgebracht, wie es eine Diktatur des rechten Kleinbürgertums vorgeführt hatte, die sich von 1933 bis 1945 hinzog, mit Beginn der Wahl eines Kanzlers. Die Softpower-Corona-Diktatur ist ein Ergebnis der modernen Möglichkeiten digitaler „Goebbelsschnauzen“. Das Großbürgertum hat auch dazugelernt und ist nicht bereit, sich noch einmal von einem ungehobelten Gefreiten die Macht entreißen zu lassen. Aufstandsprävention geht heute viel cleverer in der Oligarchie der Oligarchen. Die Frage ist nur, wie clever wir Lohnabhängigen sind, den Hebel zur Freiheit zu erkennen und ob wir das Selbstbewußtsein erlangen, zu **wagen, was menschlich ist**.

Holger Thrown.

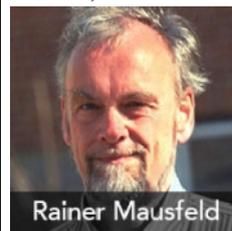
Interview mit Rainer Mausfeld

Einleitung:

Die Zeitschrift „Die Radikaldemokratie und das Besitzrecht“ ist ein Projekt des „Philosophenclub der Lohnabhängigen“ (PCL) unter Schirmherrschaft der „Gesellschaft der Gleichen“ (GbR). Der Schirmherrschaftsvertrag ist in der Ausgabe Nr. 01/2020, vom 01.05.2020, enthalten. In dem Vertrag heißt es unter Punkt 2.4, Zitat:

„Die Aktivitäten des PCL müssen international und intellektuell orientiert sein, aber einen erkennbaren Bezug zur wissenschaftlich belegbaren Realität aufweisen.“

Wenn wir aus der „Gesellschaft der Gleichen“ heraus, uns an Professor Rainer Mausfeld wenden, mit Fragen zu aktuellen und philosophischen Themen, dann wollen wir eben diesen Anspruch beleben, den wir formuliert haben.



Rainer Mausfeld

Rainer Mausfeld ist Professor an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und hatte bis zu seiner Emeritierung den Lehrstuhl für Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung inne. Wir bedanken uns herzlich für die Zeit, die er für die Beantwortung unserer Fragen aufgewendet hat und arbeiten weiter an unserem Verständnis aller Probleme, die wir lösen wollen, um zu einer humanistischen Gesellschaft gelangen zu können.

Dabei ergeben sich immer neue Fragen und wir suchen immer weiter nach Antworten. Die Fragen **in dieser Ausgabe** stellen Thorsten Nemela, Holger Thurow-Nasinsoi und Jürgen Michael Hackbarth.

Thorsten Nemela:

„Das Johns Hopkins Center for Health Security veranstaltete in Partnerschaft mit dem Weltwirtschaftsforum und der Bill and Melinda Gates Foundation am 18. Oktober 2019 in New York, NY, die Veranstaltung 201, eine Pandemieübung auf hoher Ebene. Die Übung veranschaulichte Bereiche, in denen öffentlich-private Partnerschaften während der Reaktion auf eine schwere Pandemie notwendig sind, um groß angelegte wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen zu mindern.“ [1] **„Das Szenario endet nach 18 Monaten mit 65 Millionen Toten.“** [2] **Aus der Übung leitetet das Johns Hopkins Center for Health Security in Zusammenarbeit mit dem Weltwirtschaftsforum und der Bill & Melinda Gates Foundation Empfehlungen ab. Diese richten sich weltweit u. a. an alle Regierungen und Medien, die nach meiner Einschätzung diesen oder vergleichbaren Empfehlungen folgen. Die Empfehlungen [3] sind unter [4] zu finden. Bereits am 15. Mai 2018 gab es eine vergleichbare Übung unter dem Namen Clade X.** [5]

Was sagen Sie zu dieser These: Das Weltwirtschaftsforum ist mit dem Johns Hopkins Center for Health Security und der Bill and Melinda Gates Foundation ein „Zentrum der Angstzeugung“ und damit ein „Zentrum der Macht“?.

Rainer Mausfeld:

Vielleicht ist vorweg ein Blick auf einige grundsätzlichere Aspekte hilfreich. Wenn sich in der Bevölkerung politisches Unbehagen und Empörung über eine Herrschaftsausübung entwickelt und damit ein wachsendes politisches Veränderungsbedürfnis entsteht, kann dieses nur wirksam werden, wenn zuvor die Adressaten, also die tatsächlichen Zentren der Macht identifiziert worden sind. Das war im Feudalismus noch relativ einfach, weil die Paläste der Mächtigen leicht zu erkennen waren und das Volk wusste, wo es mit seinen Mistgabeln auftauchen musste, um sich ein wenig politisches Gehör zu verschaffen. Seitdem haben die Mächtigen gelernt, wie sich Macht durch sehr abstrakte Organisationsformen für die Öffentlichkeit gleichsam unsichtbar machen lässt. Im Zuge der sogenannten Globalisierung konnte dieses Unsichtbarmachen geradezu perfektioniert werden, weil mit den transnationalen Großkonzernen Akteure entstanden sind, die sich wasserdicht gegen jede demokratische Kontrolle und Rechenschaftspflicht abgeschottet haben und die sich selbst eine gesetzgebende Souveränität gegeben haben, sich also alle sie betreffenden Gesetze selber schreiben. Da sie extrem abstrakt sind und nationale Regierungen nur noch gleichsam ihre Anhängsel sind, hat die Bevölkerung keine konkreten Adressaten mehr, gegen die sich ihre politischen Veränderungsbedürfnisse richten könnten. Genau dies war gewollt: nämlich die Zentren der Macht gleichsam unsichtbar zu machen. Dabei haben sie sich vor allem zwei Eigenschaften unseres Geistes zunutze gemacht. Erstens unsere natürliche Neigung zu einem sinnlichen

Konkretismus, also unserer Neigung, unsere Aufmerksamkeit am liebsten auf sinnlich konkret erfassbare Dinge zu richten. Zweitens unsere natürliche Neigung zu Personalisierungen, also Ursachenzuschreibungen in personalen Kategorien zu machen. Beide Neigungen lassen sich sehr wirksam für Manipulationszwecke ausnutzen.

Es gibt also zwei Wege für Techniken einer Revolutionsprophylaxe: einmal strukturell durch immer abstrakter werdende Organisationsformen von Macht. Zum anderen durch Entwicklungen geeigneter Soft Power-Techniken eines Meinungsmanagements, eines Dissensmanagements oder eines Empörungsmanagements. Dazu gehören auch Techniken, mit denen sich die Veränderungsenergie auf Ablenkziele richten lässt und mit denen sich soziale Bewegungen wirksam spalten lassen. Beispielsweise hat sich in der Finanzkrise von 2008 besonders das Thema „Gier der Banker“ für ein Empörungsmanagement bewährt, weil sich damit die Empörung politisch folgenlos neutralisieren ließ. Gleiches gilt bei der Corona-Krise auch für das Thema „Bill Gates“, mit dem sich sehr wirksam Veränderungsenergien politisch folgenlos absorbieren lassen. Und selbst wenn wir einmal den Blick auf eine personeller Ebene der Organisation richten wollen: Was ist ein Bill Gates gegen Jeff Bezos, Mark Zuckerberg oder Lawrence Fink, die Hauptgewinner der Corona-Krise, oder gegen Rupert Murdoch, Peter Thiel, vor allem mit seinen *Palantir Technologies*, die einen Kern der globalen Sicherheits- und Überwachungsindustrie bilden, und all den anderen sehr wirkmächtigen Oligarchen, deren Namen oftmals nur Insidern bekannt sind. Wir müssen also sehr gut aufpassen, dass wir nicht den sehr systematisch entwickelten Techniken zum Opfer fallen, mit denen unsere Aufmerksamkeit und unsere Empörung so gelenkt werden soll, dass sie letztlich politisch verpufft.

Für all diese Zwecke einer sozialen Kontrolle haben die Mächtigen, vor allem seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts, mit gigantischen finanziellen Mitteln und unter massiver Beteiligung von Sozialwissenschaften und Psychologie, ein riesiges Spektrum von Instrumenten eines Demokratiemanagements entwickelt, das mittlerweile nahezu perfektioniert ist. Derartige Manipulationstechniken müssen eine zentrale Eigenschaft aufweisen: Sie müssen so beschaffen sein, dass uns ihr Wirken nicht bewusst wird. Auch dies ist in erschreckendem Maße gelungen, denn viele sind heute überzeugt, dass sie für diese Manipulationen wenig anfällig sind und im Großen und Ganzen ziemlich klar erkennen, was im Moment gerade politisch Sache ist. Genau diese Illusion, Herr im eigenen psychischen Hause zu sein, macht sie dann besonders anfällig für diese Techniken eines Meinungs- und Empörungsmanagements. Auch hier gilt wieder, zumindest als Faustregel, dass alle Äußerungen und Vermutungen über gesellschaftlich-politische Verhältnisse, die wir rein intuitiv tätigen und die nicht durch intellektuelle Anstrengungen gewonnen wurden, lediglich Widerspiegelungen der herrschenden Ideologie sind. Solche Anstrengungen kann natürlich ein Einzelner nicht leisten. Wir sind dabei auf die kollektiv gewonnenen Einsichten der langen emanzipatorischen Tradition

angewiesen. Wenn wir diese nicht nutzen, sind wir all den mittlerweile hochgradig verfeinerten Manipulationstechniken hilflos und hoffnungslos ausgesetzt.

Zu den kollektiv gewonnenen Einsichten gehören auch Einsichten in die Struktur der gegenwärtigen Zentren der Macht, wie sie in einer Fülle neuerer und sehr komplexer empirischer Studien gewonnen werden konnten. Diese Studien illustrieren noch einmal, dass Macht heute so organisiert ist, dass in der Regel alles, was konkret und damit leicht sichtbar ist, nicht von allzu großer politischer Bedeutung ist. Das ist wenig überraschend, denn die eigentlichen Zentren der Macht können in unserer Gesellschaft nur im gewünschten Sinne wirksam werden, wenn sie den Blicken der Öffentlichkeit entzogen sind. Macht scheut nichts mehr als das Licht der Öffentlichkeit. Das Weltwirtschaftsforum, das *Johns Hopkins Center for Health Security* und die *Bill and Melinda Gates Foundation* stehen hingegen in einem gewissen öffentlichen Scheinwerferlicht, so dass sie schon funktional als Zentren der Macht völlig unbrauchbar wären. Das Weltwirtschaftsforum ist jedoch ein wichtiges Synchronisationsinstrument der Mächtigen, so wie auch die *Bilderberg-Gruppe*, das *Aspen Institute*, der *Council of Foreign Relations*, die *Atlantikbrücke* und Hunderte andere. Auch diese operativen Organe der Zentren der Macht wirken vollständig im Dunklen und sind jeder gesellschaftlichen Kontrolle entzogen. Die eigentlichen Zentren der Macht sind jedoch, wie empirische Analysen zeigen, im wesentlichen Netzwerke von Großkonzernen, von Finanzinvestoren sowie vor allem des militärisch-industriellen Komplexes. Wie Ingeborg Maus feststellt, bilden gegenwärtige Gesellschaften in aller Welt nur noch Anhängsel ihrer militärisch-industriellen Komplexe. Diese eigentlichen Zentren haben zwei extrem wirkmächtige Instrumente, nämlich Neoliberalismus und sog. Globalisierung, über die sie versuchen, global eine Art totalitärer Macht zu installieren, mit der sie sich ein für allemal gegen jede demokratische Kontrolle und Rechenschaftspflicht abschotten können. Dabei bedienen sie sich eines kaum mehr durchschaubaren Geflechts von Thinktanks, Expertengruppen und NGOs, um ihre Streben nach globaler Kontrolle zu verschleiern, indem sie es den noch verbliebenen demokratischen Öffentlichkeiten als Gebot purer Rationalität und effizienter Problemlösung verkaufen.

Was nun das *Johns Hopkins Center for Health Security* und die *Gates Foundation* betrifft, so müssen wir uns klarmachen, dass große Teile staatlicher Gesundheitspolitik nicht der Gesundheit der Bevölkerung dienen. Jeder wird leicht Dutzende von Beispielen nennen können, die dies illustrieren. Das ergibt sich schon daraus, dass der Staat als solcher eine institutionelle Verdichtung kapitalistischer Machtverhältnisse ist und es somit ein Kategorienfehler wäre, ihm die Eigenschaft einer Befähigung zur Moral zuzuschreiben. Staaten sind nun einmal keine moralischen Akteure. Im konkreten Fall von Corona bedeutet dies, sich klarzumachen, dass vor allem der Teil der Gesundheitspolitik, der sich mit Pandemien befasst, in

erster Linie zum Bereich der staatlichen Sicherheitsarchitektur gehört. Beispielsweise gingen die *Centers for Disease Control and Prevention (CDC)* der USA historisch aus einer Abteilung des Verteidigungsministeriums hervor. Zwar gehören sie heute formal zum Gesundheitsministerium, tatsächlich sind sie jedoch hochgradig mit dem Pentagon verflochten. Das gleiche gilt für das *Johns Hopkins Center for Health Security* und auch für private Stiftungen, wie die *Gates Foundation*. Da der gesamte Themenbereich zu Pandemien für hegemoniale Belange einer „full spectrum dominance“ der USA von großer Bedeutung ist, könnte man diese Institutionen und NGO eher als operative Organe der Zentren der Macht betrachten. Dies gilt gleichermaßen für Organisationen wie NATO, WELTBANK, IWF, etc., die nicht als eigentliche Zentren der Macht anzusehen sind, sondern eher als deren „Exekutivorgane“.

Was sagen Sie zu dieser These: Die Übungen Clade X und Event 201 fördern bzw. bewirken Angst, Panik, Traumata bis hin zur Auslösung einer Massenpsychose und sind somit Bestandteil einer psychologischen Kriegsführung.

Rainer Mausfeld:

Eine solche Interpretation scheint mir diesen Planspielen eine Bedeutung zuzuschreiben, die sie nicht haben. Die psychologische Kriegsführung der Minderheit der Besitzenden gegen die Mehrheit der Nichtbesitzenden ist so alt wie Herrschaft selbst – das wurde schon von David Hume klar zum Ausdruck gebracht. Für kapitalistische Demokratien sind die psychologischen Techniken wie sich, so Walter Lippmann, die „verwirrte Herde auf Kurs halten lässt“, ganz zentral. Ohne solche Techniken würde eine kapitalistische Elitenherrschaft rasch zusammenbrechen. Auch hierzu gibt es eine Fülle von Studien, auf deren Einsichten in diese Techniken von *Soft Power* wir aufbauen müssen, wenn wir uns dagegen schützen wollen. Planspiele wie Event 201 spielen dabei keine besondere Rolle. Solche Simulationen und Planspiele gibt es seit je, vor allem seit der Erfindung des Computers, und sie wurden und werden kontinuierlich und massenhaft in allen möglichen Bereichen durchgeführt. Bei der Entwicklung derartiger Planspiele arbeiten Pentagon und die Sicherheitsindustrie eng mit Big Data, also Google, Amazon, Facebook u.a., zusammen und auch mit Teilen der Unterhaltungsindustrie – die beliebten Strategiespiele sind daraus ein Abfallprodukt. Die Millionen Online-Nutzer dieser Spiele liefern freiwillig riesige Datenmengen zur Verfeinerung und Optimierung dieser Techniken einer Bevölkerungskontrolle.

Jenseits von Evaluationen von Soft Power-Techniken der Bevölkerungskontrolle spielen Planspiele und Simulationen eine wichtige Rolle bei der Erprobung von konkreten *Hard Power*-Handlungsoptionen. Das gilt vor allem in dem für die Zentren der Macht extrem wichtigen Bereich der *Counterinsurgency*, also der Aufstandsbekämpfung. Um nur ein Beispiel aus der Fülle entsprechender Initiativen zu nennen: Das Pentagon hat 2008 die *Minerva Initiative* gegründet, deren Ziel es u.a. ist, in enger Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften Techniken und Strategien der

Aufstandsbekämpfung zu entwickeln und in Planspielen zu erproben. Dieses Programm läuft immer noch und wird mit hunderten von Millionen Dollar unterstützt. Auf diese Entwicklung müsste eine kritische Öffentlichkeit also dringend ihre Aufmerksamkeit richten, weil sich daraus viele Aufschlüsse über Intentionen, Erwartungen und Kenntnisse der Zentren der Macht gewinnen lassen.

Krisen können in Katastrophen münden. Gleichzeitig bieten Krisen auch große Chancen. Was empfehlen Sie uns kurz-, mittel- und langfristig, um die Chance für die Entwicklung einer wahren demokratischen Gesellschaft zu nutzen?

Rainer Mausfeld:

Krisen bieten vor allem denjenigen Chancen, die ihre Bedingungsfaktoren verstehen und die zudem über eine kollektive Handlungsfähigkeit verfügen. Die Zentren der Macht können sich beliebig intellektuelles Potential kaufen und können daher auch überraschende Krisen blitzschnell durchanalysieren lassen. Auch darin drückt sich wieder die gigantische Asymmetrie der Machtverhältnisse aus. Dieses Problem wird noch dadurch verschärft, dass, wie die Geschichte zeigt, emanzipatorische Bewegungen oftmals große Schwierigkeiten haben, die tieferen Ursachen gesellschaftlicher Krisen wirklich zu verstehen, weil sie sich immer wieder recht leicht durch Ablenkziele und durch Spaltungen zersetzen lassen. Das gilt auch und gerade in der Corona-Krise, weil diese Krise eine Multikrise ist, in der sich sehr unterschiedliche Krisen kreuzen. Ein Verständnis der tieferen Bedingungsfaktoren der Corona-Krise erfordert daher besondere gedankliche Anstrengungen eines Verstehens.

Da wir aus der Vergangenheit wissen, dass bloße Protestbewegungen zumeist in einer begriffslosen Empörung gefangen bleiben und rasch wieder zerfallen, müsste überhaupt erst einmal eine breitere emanzipatorische Bewegung entstehen, die ernsthaft die Einsichten und Erfahrungen der langen emanzipatorischen Tradition nutzt und auf ihnen aufbaut. Eine solche Bewegung ist jedoch heute nicht in Sicht. Daher gibt es im Moment wohl kaum begründbare und realitätsbasierte Hoffnungen, dass die Corona-Krise wirkliche emanzipatorische Änderungen bewirken könnte. Die neoliberale Ideologie hat sich – auch in dem sich progressiv fühlenden Milieu – tief in den Köpfen festgesetzt, ohne dabei überhaupt noch als Ideologie bemerkt zu werden. Wenn wir also wirklich etwas grundlegend ändern wollen, müssten wir erst einmal den bewusst erzeugten geschichtlichen Gedächtnisverlust überwinden und den großen Schatz an gedanklichen und strategischen Instrumenten, die in der langen Tradition emanzipatorischer Bemühungen gewonnen werden konnten, auch wirklich nutzen.

Holger Thurow-Nasinsoi:

Ich habe mich eingehend mit Ihrem Interview zum Thema „Die Links-Rechts-Demagogie“ beschäftigt, welches Sie am 05. August 2016 der Redaktion der „NachDenkSeiten“ gegeben haben und ich habe nachgedacht. Mir scheint in diesem Interview ein wesentlicher Blickwinkel der Radikaldemokratie nicht berührt worden zu sein. Da Sie

sich selbst in einem Interview als Radikaldemokraten bezeichnet haben, würde ich gern Ihre Position zu folgenden Aussagen von Hanna Arendt zum Thema „Links-Rechts“ erfragen und wissen wollen, zu was Sie Radikaldemokraten bei deren Aufklärungsarbeit zu diesem Thema empfehlen würden?

Zitat 1:

„All diese Dinge sind uns durch die Russische Revolution, in deren Verlauf die bolschewistische Partei mit genau den gleichen Methoden das revolutionäre Sowjetsystem aushöhlte und pervertierte, nur zu vertraut. Gerade deshalb übersieht man leicht, auf wie merkwürdige Weise wir inmitten der Französischen Revolution bereits mit dem Konflikt zwischen dem neuzeitlichen Parteiensystem und der einzigen der Revolution selbst entsprungenen Staatsform konfrontiert sind. Denn diese beiden einander so unähnlichen, ja sich gegenseitig ausschließenden Gebilde sind im gleichen geschichtlichen Augenblick entstanden, es ist der ebenso gloriose wie unheilvolle Moment der Geburt des Nationalstaates und des Untergangs der freien Republik. Aus dieser Geburt und diesem Untergang erklärt sich der eklatante Erfolg des Parteiensystems und der nicht weniger in die Augen fallende eklatante Misserfolg des Rätensystems. **Die linken und revolutionären Parteien, die sich in den Nationalstaaten dann bildeten und die revolutionäre Tradition für sich in Anspruch um einen Konflikt zwischen dem Parlament, dem Ursprung und dem Machtzentrum aller, auch der linken Parteien, und dem Volk, das seine Macht an seine Vertreter verloren hat; denn wie sehr auch in revolutionär-kritischen Situationen eine Partei sich auf die Volksmassen stützen und zum Sturz des parlamentarischen Regimes beitragen mag, ist sie erst einmal zur Macht gekommen und hat die Ein-Partei-Diktatur errichtet, so wird sich herausstellen, daß sie eben doch im wesentlichen eine Organisation von Repräsentanten ist, die dem Volk von außen und von oben gegenübertritt.**“ (Aus **Hanna Arendt „Über die Revolution“ Seite 349/350**)

Zitat 2:

„In allen Revolutionen des zwanzigsten Jahrhunderts hat der Konflikt zwischen dem Parteien- und dem Rätensystem eine entscheidende Rolle gespielt, und der Konflikt drehte sich immer um bloße Repräsentation auf der einen, um **direktes Handeln und Teilnahme an öffentlichen Geschäften auf der anderen Seite**. Immer waren die Räte Aktionsorgane, immer waren die revolutionären Parteien Repräsentationsorgane, und wiewohl die revolutionären Parteien höchst unwillig die Brauchbarkeit der Räte zum Zwecke des »revolutionären Kampfes« anerkannten, haben sie doch nie davon abgesehen, selbst in diesem begrenzten Zeitraum zu versuchen, sie von innen zu

dirigieren und zu zersetzen. Keine Partei, wie revolutionär sie sich auch gebärden möge, hat je daran gezweifelt, daß sie eine wirkliche Verwandlung des Staates in eine Räterepublik nicht würde überleben können. Trotz allem aktivistischen Gerede waren auch revolutionäre Parteien mit allen anderen Parteien immer darin einig, dass das Handeln selbst nur in Ausnahmesituationen erfordert und erwünscht ist; für die sog. bürgerlichen Parteien war dieser Ausnahmezustand der Krieg, für die linken Parteien dagegen die Revolution. Und wie der Frieden nach dem Kriege sollte auch der Sieg nach dem Bürgerkrieg solchen menschlichen »Trieben« ein Ende bereiten; in beiden Fällen gilt, daß nur »unsoziale Elemente« sich der neuen Ordnung nicht fügen wollen. Wenn die Berufsrevolutionäre sich nahezu einstimmig immer wieder gegen die aus der Revolution selbst hervorgegangenen neuen Organe des Volks Machtwille noch Heuchelei eine entscheidende Rolle; ausschlaggebend war vielmehr, daß sie automatisch die dem Parteiensystem inhärenten Grundüberzeugungen aus dem alten Regime übernahmen. Auch sie meinten und meinen, daß der Zweck aller Politik die Wohlfahrt des Volkes sei, daß also in der richtigen Ordnung der Dinge Politik zugunsten von Verwaltung ausgeschaltet werden müsse. Im Grunde haben die Parteien von rechts bis links sehr viel mehr miteinander gemein, als auch die revolutionärste von ihnen je mit den Räten gemein hatte.“ (Aus Hannah Arendt „Über die Revolution“ Seite 387/388)

Rainer Mausfeld:

Ihre Frage scheint sich, wenn ich Sie richtig verstehe, auf zwei Aspekte zu beziehen: zum einen auf einen eher historischen Aspekt der Interpretation von Hannah Arendts Bemerkungen zu einer Links-Rechts-Unterscheidung und zum anderen darauf, was aktuell - und auch unter der Perspektive einer Radikaldemokratie - eine solche Unterscheidung bedeuten kann. Zunächst also ein paar Worte zu Hannah Arendt, die eine außerordentlich fruchtbare und sehr eigenständige politische Philosophin war. Sie selbst sah sich ausdrücklich nicht als „links“ an und verortete ihre Position jenseits aller Hauptströme des politischen Denkens, in einer Art „nirgendwo“, wie sie einmal schrieb.

Das Denken von Hannah Arendt dreht sich um Freiheit. Für sie bedeutet Freiheit, dass den Bürgern das Recht auf aktive Teilhabe, also Partizipation, an den öffentlichen Angelegenheiten garantiert ist. Sie teilt jedoch das konservative Misstrauen gegen Positionen, die die soziale Frage in das Zentrum stellen, also gegen wirtschaftliche und soziale Programme, die auf politische oder ökonomische Gleichheit zielen. Nach ihrer Auffassung zerstöre dies die Freiheit und könne daher im Totalitarismus enden – eine solche Auffassung findet sich, wenngleich aus ganz anderer Perspektive, auch bei Friedrich Hayek, einem der Begründer des Neoliberalismus.

Hannah Arendt hat es ihren Interpreten nicht leicht gemacht, ihre genauen Positionen zu spezifischen politischen Problemen zu bestimmen, daher gibt es in der Literatur bis heute oft heftige Kontroversen darüber. In jedem Fall hat sie das Demokratie-Modell der griechischen Polis idealisiert und als ihr Leitbild genommen. Sie war strikt gegen die repräsentative Demokratie, weil sie ihren Vorstellungen von Partizipation zuwider lief, da sie zu einer Entpolitisierung der Bürger und zu einem Rückzug auf ihre private Angelegenheiten führe. Auch unterschied sie eine „gute“ und eine „schlechte“ Revolution. Die Französische Revolution lehnte sie ab, weil sie neben gleichen Bürgerrechten auch darauf zielte, die materiellen Bedingungen herzustellen, die erst eine Wahrnehmung bürgerlicher Freiheiten ermöglichen. Dadurch habe die Französische Revolution letztlich den Geist der Freiheit erstickt. Anders die Amerikanische Revolution, die sie, wie die athenische Demokratie, idealisierte und verklärte. Beispielsweise störte es sie offensichtlich nicht, dass dort trotz teilweiser rätendemokratischer Organisationsformen Afro-Amerikaner als Nichtmenschen oder als Privateigentum behandelt wurden.

Das in der Amerikanischen Revolution gewonnene Demokratiemodell unterscheidet sich grundlegend von dem in der Aufklärung gewonnenen Modell, insbesondere von dem einer Radikaldemokratie. Das amerikanische Modell einer horizontalen Gewaltenteilung beruht auf der Idee, dass die Macht verschiedener staatliche Instanzen gleichsam ausbalanciert ist, so dass sie sich gegenseitig in Schach halten. Die Idee einer Volkssouveränität, als einer ungeteilten gesetzgeberischen Souveränität des Volkes, ist dem amerikanischen Modell fremd. In einer Radikaldemokratie wird die Macht ausschließlich durch die gesellschaftliche Basis kontrolliert. Während sich im amerikanischen Modell ein grundlegendes Misstrauen gegen das Volk spiegelt, ist das Modell einer Radikaldemokratie durch ein grundlegendes Misstrauen gegen die Eliten geprägt; es sieht die Gefahr willkürlicher Herrschaft in erster Linie in einer Loslösung der Exekutive vom basisdemokratisch gesetzten Recht.

Hannah Arendt teilte ein Misstrauen gegen das Volk und vertrat in gewisser Weise eine elitäre Konzeption von Demokratie, da sie der Auffassung war, dass die Sache der Freiheit, also aktive Partizipation und Teilhabe am öffentlichen Dialog, eigentlich nur von Eliten betrieben werden könne. Der Freiheit in ihrem Sinne werde am besten in einer „aristokratischen Staatsform“ gedient, also im Wortsinne einer Herrschaft der Besten, die bereit sind, uneigennützig Verantwortung für öffentliche Angelegenheiten zu übernehmen. Das ist, wie die Geschichte vielfach zeigt, eine gewagte, wenn nicht gar naive Idealisierung.

Hannah Arendt muss sich bei dem ihr vorschwebenden Organisationsmodell natürlich mit der Frage beschäftigen, wer denn die Eliten auswähle. Und hier kommen nun die Räte ins Spiel. Deren Aufgabe ist es, von unten einen „Selbstaulesprozess“ möglich zu machen, durch den sich

schrittweise von unten nach oben eine wirkliche politische Elite herausbildet, die ernsthaft an den öffentlichen Angelegenheiten interessiert ist. In ihrer nur vage ausgearbeiteten Rätekonzeption sind die Vertreter höherstufiger Räte in keiner Weise durch die Mitglieder der darunterliegenden Räte gebunden, durch die sie gewählt worden sind. Insbesondere gibt es also kein imperatives Mandat. Sie betont ausdrücklich, dass die Bindung der sich durch die Räteorganisation herausbildenden Eliten an die gesellschaftliche Basis durch *Vertrauen* gegeben sei und nicht durch formale Anbindungen.

Dies steht in einem Gegensatz zum Modell einer Radikaldemokratie. Arendts Rätemodell unterscheidet sich auch grundlegend von den Rätemodellen, die in Europa innerhalb sozialistischer Bewegungen entwickelt worden waren, etwa durch Anton Pannekoek, Herman Gorter oder Willy Huhn - ohnehin eine Tradition, für die sich Hannah Arendt wenig interessierte, vielleicht mit Ausnahme von Rosa Luxemburg. Beispielsweise sah der wohl bedeutendste Theoretiker des Rätekommunismus, Anton Pannekoek (1873-1960) die Macht der Kapitalbesitzer als so groß an, dass es zum Erreichen einer ökonomisch-gesellschaftlichen Gleichheit unverzichtbar sei, die Kapitalbesitzer - als nicht selbst in der Produktion Arbeitende - von dem Selbstverwaltungsprozess der Wirtschaft auszuschließen; das bedeutete für ihn konkret, in diesem Punkt auf demokratische Prinzipien in dem Maße zu verzichten, wie es nötig war, um ein bestimmtes Maß an materieller Gleichheit zu erreichen. Genau derartige Vorstellungen haben den entschiedenen Widerstand von Hannah Arendt hervorgerufen, die alles Vertrauen in die sich durch eine Räteorganisation herausbildenden Eliten setzt.

Aus gleichsam umgekehrter Perspektive wäre die Vorstellung von Pannekoek nicht mit dem Modell der Radikaldemokratie verträglich. Denn dieses Modell macht keine konkreten Festlegungen darüber, wie die Idee der Gleichheit zu füllen ist. Vielmehr legt sie alles in die Hände der gesellschaftlichen Basis, die eine Übereinkunft erzielen muss, wie sie diesen Begriff - ebenso wie auch den der Menschenrechte - konkret füllen möchte. Diesem Modell zufolge darf es keine *nicht* aus der Basis kommenden Festsetzungen über den erstrebenswerten Zustand einer Gesellschaft geben, also Festsetzungen, die expertokratisch oder durch irgendwelche Eliten festgelegt worden sind. Alle Präzisierungen über den genauen Gehalt von Menschenrechten und über Gleichheit müssen aus der Basis selbst kommen.

Im sog. Kalten Krieg hatte Hannah Arendt keine Probleme, sich publizistisch oder durch Nähe zur CIA für die USA und gegen die Sowjetunion einspannen zu lassen. Dabei spielte ihre Totalitarismus-Theorie eine wichtige Rolle, die mittlerweile als empirisch und konzeptionell unangemessen und überholt gilt. Dennoch wird die Totalitarismustheorie immer noch von denjenigen herangezogen, die Faschismus und Kommunismus gleichsetzen wollen, um auf diese Weise alles „Linke“ zu diskreditieren. Ein prominentes Beispiel ist die an Arendts Totalitarismustheorie

anschließende sog „Extremismustheorie“, der zufolge linke wie rechte Positionen als Abweichungen von der „liberalen Mitte“ - übrigens ein hochgradig ideologisches Konstrukt - gleich gefährlich seien. Diese „Extremismustheorie“ legt auch der Verfassungsschutz bei seinen Überwachungen zugrunde. Überhaupt war in der Geschichte der Bundesrepublik der Kampf gegen den sog. „Extremismus“ de facto stets gegen „Links“ gerichtet. Die bürgerliche Mitte hatte seit den Anfängen der Bundesrepublik mit „Rechts“ de facto überhaupt keine Probleme. Der Hass auf „Links“, der bereits in den jeweiligen historischen Anfängen Faschismus und Neoliberalismus verband, ist seit je tief im Affektbauch der herrschenden politischen Kaste verankert und gehört heute - nach jahrzehntelanger Indoktrination - zum politischen Grundaffekt weiter Teile der Bevölkerung. Eine solche Indoktrination ist umso leichter gefallen, als durch den real existierenden Sozialismus die Bezeichnung ‚links‘ tatsächlich autoritär vergiftet ist und dadurch allen früheren emanzipatorischen Glanz verloren hat. Dazu trägt sicherlich auch bei, dass in Europa sich als „links“ verstehende Parteien, wie die DIE LINKE, selbst mehr daran interessiert sind, um fast jeden Preis an der Macht der neoliberalen Kartellparteien teilzuhaben, als ernsthafte und für die breite Öffentlichkeit attraktive emanzipatorische Alternativen zu entwickeln.

Insofern, und das bringt mich zum zweiten Teil Ihrer Frage, stellt sich heute in der Tat die Frage, wie sinnvoll die Links-Rechts-Unterscheidung heute noch ist. In der Sache ist sie es sicherlich. Es kann also nur um die Frage gehen, ob sie den kommunikativen Austausch so belastet, dass man vielleicht gänzlich auf sie verzichten sollte. Oder ob man lieber zur ursprünglichen Bedeutung von „links“ zurückkehren sollte und mit „links“ im Sinne der Aufklärung egalitäre, antiautoritäre und radikal demokratische, also emanzipatorische Positionen bezeichnen sollte. Zu dieser Frage lassen sich natürlich viele Perspektiven einnehmen. Durch die besonders durch den Neoliberalismus erreichte weitgehende Entwurzelung von historischen emanzipatorischen Tradition ist der eigentliche Sinn von „links“, wie in der Aufklärung gewonnen, den meisten heute gar nicht mehr vertraut,

In jedem Fall sollten wir uns klarmachen, dass man den damit verbundenen Problemen nicht dadurch ausweichen kann, dass man sich einfach für „*weder rechts noch links*“ erklärt - ein heute wieder sehr verbreiteter Schachzug. Im Gefolge der Französischen Revolution bedeutet „links“, sich für universalisierbare, also überpersönliche, Werte und für soziale Gleichheit einzusetzen, „rechts“ bedeutet, soziale Ungleichheit als gleichsam naturgegeben zu akzeptieren und die jeweiligen Machtverhältnisse sowie tradierte Wertvorstellungen zu bewahren. In diesem Sinne ist der Faschismus, der sich gleichermaßen gegen Konservatismus und Sozialismus richtete und der nicht bewahren, sondern eine neue totalitäre Gesellschaft schaffen wollte, weder links noch rechts. Daher war „*weder rechts noch links*“ explizit die Parole des italienischen Faschismus. Auch der Neoliberalismus will nicht bewahren - richtet sich also gegen den Konservatismus - und will eine in totalitärer

Weise dem Markt unterworfenen Gesellschaft schaffen; er ist daher ebenfalls „*weder rechts noch links*“; das haben ja seinerzeit Gerhard Schröder und Tony Blair ausdrücklich betont. Wenn sich also heute jemand als „*weder rechts noch links*“ bezeichnet, so liegt die Vermutung nahe, dass er entweder Anhänger des Neoliberalismus oder des Faschismus ist oder andernfalls politisch apathisch und nur an der Verfolgung seiner Partikularinteressen interessiert ist. Wenn er alle drei Interpretationen ablehnt, müsste er sehr genau begründen, was er denn sonst mit einer solchen Etikettierung gemeint hat.

Seit wann nennen Sie sich Radikaldemokrat und wie sind Sie zu dieser Überzeugung gelangt?

Rainer Mausfeld:

Schon in der Jugend hat mich die Frage beschäftigt, wie sich gesellschaftliche Verhältnisse verhindern lassen, in denen, um Marx berühmte Worte zu verwenden, „der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ Für dieses angestrebte Ziel hatte ich jedoch damals keine Bezeichnung, weil es mir so selbstverständlich vorkam. Dazu habe ich sehr breit gelesen. Bei dieser Lektüre übten Autoren aus der anarchistischen, egalitären und antiautoritären Tradition einen besonderen Einfluss auf mich aus: beispielsweise Mikhail Bakunin oder Errico Malatesta. Später dann Bertrand Russell, dessen Arbeiten auch in den Bereichen der Erkenntnistheorie und der Wissenschaftstheorie für mich prägend waren, und schließlich vor allem Noam Chomsky. Russell und Chomsky bezeichnen sich beide als Anarchisten.

In jedem Fall hat mich die anarchistische Tradition stark beeinflusst. Dennoch erscheint mir die Etikettierung ‚Anarchismus‘ wenig sinnvoll und auch wenig hilfreich. Zum einen, weil mich solche Etikettierungen wenig interessieren und es vielmehr darum geht, in der Sache klar darzulegen, welche konkreten Auffassungen man vertritt. Im politischen Bereich werden solche Etikettierungen ohnehin nur von den jeweiligen Gegnern zur Diffamierung genutzt. Das gilt in besonderem Maße für den Begriff ‚Anarchismus‘. Das ist historisch nicht gänzlich unmotiviert, so dass dieser Begriff heute erst wieder gegen seine historischen Missverständnisse rehabilitiert werden müsste, damit wieder erkennbar wird, dass es dabei gerade um eine Befreiung von Fremdherrschaft geht und damit um eine zentrale zivilisatorische Leitidee einer menschenwürdigen Gesellschaft.

Auch der Demokratiebegriff wurde und wird geschichtlich vielfach missbraucht, jedoch gleichsam in einem umgekehrten Sinn: Er dient nämlich gerade dazu, Fremdherrschaft zu verschleiern, da sich unter dem Demokratiebegriff alle möglichen Formen autoritärer Herrschaft verstecken lassen, wie dies ja bei dem gegenwärtigen Standardmodell einer kapitalistischen Demokratie der Fall ist, die tatsächlich eine Eliten-Wahloligarchie ist. Damit bedeutet Demokratie heute geradezu das Gegenteil von dem, was in der Zeit der Aufklärung mit Demokratie gemeint war. Also benötigt

man, wenn man über eine wirkliche Demokratie sprechen will, einen neuen Begriff. In ganz unterschiedlichen Perspektiven und Zugangsweisen findet sich der Literatur zu ernsthaft demokratischen Gesellschaftsformen häufig der Begriff ‚Radikaldemokratie‘. Das ist also keine einheitliche und klar bestimmbare Kategorie, so dass man auch hier wiederum genau angeben muss, was man damit meint.

Die große Rechts- und Demokratietheoretikerin Ingeborg Maus hat die in der Aufklärung gewonnenen Einsichten in das, was eine wirkliche Vergesellschaftung von Herrschaft - und damit gleichsam eine Abschaffung von Herrschaft - ausmacht, nämlich eine ungeteilte gesetzgeberische Souveränität des Volkes ernst genommen und in außergewöhnlicher Tiefe und Kohärenz entwickelt. Auf genau diese Form einer Radikaldemokratie beziehe ich mich, weil sie zentrale Stränge aus der emanzipatorischen Tradition der Aufklärung – anarchistisch, demokratisch und sozialistisch - bündelt und präzisiert und damit der zivilisatorischen Leitidee von Demokratie ein neues Fundament gibt.

Also: Die mit dem Begriff der ‚Radikaldemokratie‘ verbundenen Fragen haben mich seit je interessiert. Aber es braucht in der eigenen intellektuellen Entwicklung oft viele Jahre oder Jahrzehnte, bis man Haltungen und Positionen, die man eher intuitiv fühlen kann, ohne sie jedoch klar ausformulieren zu können, gedanklich zu konturieren vermag. Wie man sie dann genau sprachlich etikettiert, ist mir, wie gesagt, eigentlich unwichtig, solange man in der Lage ist, die eigene subjektive Perspektive auf diese Dinge durch gedankliche Bemühungen so zu objektivieren, dass ein interpersonaler Austausch darüber möglich ist. Das bedeutet insbesondere Unterscheidungsmerkmale angeben zu können, durch die sich die eigene Position von anderen Positionen zu einer Gesellschaftsorganisation unterscheiden lässt. Dazu können dann bisweilen Etikettierungen wie ‚Radikaldemokratie‘ als Kommunikationsbehelf hilfreich sein. Also noch einmal: Es geht um die Sache und nicht um die Benennung.

Jürgen Michael Hackbarth:

Was könnte es nach Ihrer Einschätzung für gesellschaftliche Konsequenzen haben, wenn sich ein freies und souveränes Staatsvolk dafür entscheidet, sich eine Verfassung zu geben, in der nicht nur Radikaldemokratie verankert wurde, sondern auch das Primat des Eigentumsrechts, durch das Primat des Besitzrechts ersetzt wird?

Zitat:

„Um das Recht des ersten Besitzers auf irgendein Stück Land zu begründen, bedarf es im allgemeinen folgender Bedingungen: erstens, dass dieses Stück Land noch von niemanden bewohnt werde; Zweitens, dass man davon nur soviel in Anspruch nehme, wie man zum Unterhalte nötig hat; drittens endlich, dass man davon nicht durch eine leere Förmlichkeit Besitz ergreift, sondern durch Arbeit und Anbau, ...“

Auch wenn Rousseau hier einen bäuerlichen Blickwinkel benutzt und in seinem Vertrag immer wieder Besitz und Eigentum verwechselt, wird doch ein Prinzip klar, auf

welche Weise man Besitz erwirbt und was ein Eigentumstitel unter einem Rechtssystem in welchen das Primat des Besitzrechts herrscht bedeutet, eine an sich leere Förmlichkeit.

Rainer Mausfeld:

Wenn man dies in einem strikten Sinne meint, würde es zunächst bedeuten, dass dadurch faktische Besitzverhältnisse als physische Besitzverhältnisse festgeschrieben werden und dass zugleich Eigentum als Rechtsverhältnis ausgeschlossen oder zumindest streng eingegrenzt wäre. Es würde bedeuten, dass Geld wieder weitgehend beseitigt werden müsste, da erst, wie Rousseau hervorhebt, die Einführung des Geldes einigen Menschen erlaubt, ihr Eigentum auf Kosten anderer zu vergrößern. Für Rousseau markiert die Einführung des Geldes den Beginn der extremen Ungleichheit zwischen Menschen. Es würde also bedeuten, dass eine Marktwirtschaft mit ihren auf Geld beruhenden Vertragsverhältnissen nur noch höchst eingeschränkt möglich wäre, der Kapitalismus also abgeschafft wäre. Eine solche Möglichkeit wäre wohl nur in einer Subsistenzwirtschaft möglich.

Hinzu kommt, dass ein rein physischer Besitz ohne einen Rechtstitel - und damit ohne eine Schiedsstelle für Streitigkeiten - wieder der Gewalt Tor und Tür öffnen würde. Rousseau ging es aber gerade darum, Gewalt durch eine Verrechtlichung von Beziehungsverhältnissen einzuhegen. Daher lehnte er Privateigentum keineswegs vollständig ab, sondern wollte es nur begrenzen. Auch kann im Verhältnis von Individuum und Staat eine rechtlich verankerte Eigentumsordnung dazu beitragen, dass der Staat seine Interessen in verrechtlicher Form über einen Zugriff auf privates Eigentum durchsetzen kann, ohne gleich zu Gewalt gegen Personen zu greifen. Rousseau sah daher die Funktion von Privateigentum auch darin, einen Zustand unmittelbarer Gewalt zu verhindern.

Rousseau sah es also durchaus als sinnvoll an, dass Eigentum mit Rechtstitel versehen werden kann, doch betonte er, dass damit das aus dem ursprünglichen Gemeinbesitz gelöste und als privat anerkannte Eigentum keineswegs dauerhaft und unwiderruflich Privateigentum wäre. Er suchte daher eine gesellschaftliche Organisationsform, die zwar Eigentum als solches zulässt, jedoch Bedingungen schafft, die eine Akkumulation von Reichtum verhindern. Eigentumsverhältnisse müssen, Rousseau zufolge, zum Wohl der Gemeinschaft verändert werden können und sie bedürfen sogar einer Veränderung hin zu einer egalitären Verteilung, so dass „alle etwas besitzen und niemand zu viel besitzt“. Eine reine Vertragskonzeption einer Gesellschaft könne dies nicht leisten, weil die darin enthaltene *formale* Gleichheit nur die Funktion habe, bestehende Eigentumsunterschiede festzuschreiben. Diese Art von Gleichheit diene nur dazu, „den Armen in seinem Elend und den Reichen in seinem angemessenen Besitz zu erhalten; in Wirklichkeit sind die Gesetze immer den Besitzenden nützlich und den Habenichtsen schädlich.“

Rousseaus Konzeption von Privateigentum steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit seiner radikaldemokratischen Konzeption von Demokratie, denn diese dient gerade dazu, die Probleme, die er im Zusammenhang mit dem Privateigentum ausmachte, zu lösen. Rousseau geht es also darum, eine Gesellschaftsordnung so aufzubauen, dass die Regulierung von Privateigentum stets vollständig und strikt an die gesellschaftliche Basis angebunden bleibt, da diese eine ungeteilte Souveränität einer Selbstgesetzgebung hat. Damit ist die Möglichkeit blockiert, Privateigentum einem demokratischen Gestaltungswillen zu entziehen. Auf genau einer solchen Konzeption eines absoluten Schutzes des Privateigentums beruht ja der Liberalismus und die mit ihm verbundene Idee einer liberalen Demokratie“. In liberaler Konzeption ist das Recht auf Eigentum ein Naturrecht und steht damit vor und über allem positiven Recht. Es ist ein *absolutes* Recht und somit unveränderlich. Dies wird oft als „*Sakralisierung des Eigentums*“ bezeichnet. Eine solche Heiligsprechung des Eigentums bildet das Fundament des Kapitalismus; sie schließt grundsätzlich den ökonomischen Bereich von jeder demokratischen Kontrolle aus.

Rousseaus ursprüngliche Konzeption einer Radikaldemokratie ist noch mit einer Reihe von Problemen behaftet. Das ist wenig überraschend, da die damit verbundenen Probleme zu den schwierigsten und tiefsten der gesellschaftlichen Zivilisationsgeschichte gehören. Die an Rousseau anschließenden Demokratietheoretiker haben entscheidende weitere Beiträge zur Lösung dieser Probleme geleistet und theoretische Leerstellen zu füllen gesucht. Von besonderer Bedeutung sind dabei Immanuel Kant und, in der Gegenwart, Ingeborg Maus, die in großer Tiefe und Kohärenz eine von den ursprünglichen Problemen befreite Konzeption von Radikaldemokratie ausgearbeitet hat.

Beispielsweise sah Rousseau seine Demokratiekonzeption nur für kleine und relativ homogene Gesellschaften als realisierbar an, so dass man erst untersuchen muss, in welcher Weise sich die Grundidee auf sehr große und damit sehr heterogene Gesellschaften übertragen lässt. Denn in derartigen Gesellschaften sind die meisten politischen Fragen kaum mehr durch einen allgemeinen Konsens zu lösen. Das Fehlen von etwas Gemeinsamen stellt jedoch ein gravierendes Problem für die Möglichkeit einer radikalen Vergesellschaftung von Herrschaft durch eine souveräne Selbstgesetzgebung dar, also für die gewünschte Identität von Gesetzgebenden und Gesetzesadressaten. In modernen hochgradig heterogenen Gesellschaften kann sich daher dieses Allgemeine und Gemeinsame, auf das man sich bei einer Selbstgesetzgebung verständigen könnte, nur noch auf die Prozeduren beziehen, über die man zu einem demokratisch gesetzten Recht kommt. Erst diese Prozeduren verleihen dann positivem Recht eine demokratische Legitimation. Zugleich garantieren sie sozusagen ein gemeinsames gesellschaftliches Lernen, weil das demokratisch gesetzte Recht fortlaufend an den gesellschaftlichen Erfahrungen geprüft und *jederzeit* durch die gesellschaftliche Basis korrigiert werden kann. Denn der Kern der Radikaldemokratie besteht gerade darin, dass das

Staatsvolk das Recht hat, sich jederzeit eine neue Verfassung zu geben und damit auch festzulegen, wie gesellschaftliche Gleichheit inhaltlich zu präzisieren ist oder wie die soziale Frage in einer konkreten gesellschaftlichen Situation zu lösen ist. Eigentum kann also durchaus mit einem Rechtstitel versehen werden – womit alle anderen von seinem Gebrauch ausgeschlossen werden –, doch entscheidet die Gesellschaft als Ganze, was dies im konkreten Fall bedeutet. Und sie kann dies zum Wohl der Gesellschaft jederzeit ändern. Anders als im Sozialismus wird in einer Radikaldemokratie nicht *vorweg* – also vor allen demokratischen Prozeduren – festgelegt, wie ein idealer oder gewünschter gesellschaftlicher Endzustand auszusehen hat. Derartige Bestimmungen obliegen ausschließlich der gesellschaftlichen Basis, weil nur so sichergestellt werden kann, dass – in Kants Worten – niemand einem anderen Gesetz gehorchen muss als dem, zu welchem er über die für die Selbstgesetzgebung festgelegten Prozeduren „seine Beistimmung gegeben hat“.

All diese Betrachtungen geben vielleicht einen kleinen Eindruck davon, welche großartigen Ideen und Einsichten in der langen Tradition emanzipatorischer Bemühungen gewonnen werden konnten – also in der Tradition, der es um eine menschenwürdigere Gesellschaft geht, in der der Mensch nicht mehr „ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ Und sie zeigen uns auch, wie weit sich die gegenwärtigen Formen einer kapitalistischen Elitendemokratie vom Kern dessen entfernt haben, worum es eigentlich bei Demokratie geht. Die zivilisatorische Leitidee von Demokratie als radikale Vergesellschaftung von Macht – eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften der Menschheit – wurde gerade entwickelt, um illegitime Macht zu verhindern und ein Recht des Stärkeren zu verhindern. In den vergangenen Jahrzehnten kapitalistischer Elitendemokratien sind wir heute längst zu einem Recht des ökonomisch oder militärisch Stärkeren zurückgekehrt – sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch im Verhältnis zwischen den Völkern. Mehr und mehr zerfallen die mühevoll und verlustreich erkämpften zivilisatorischen Sicherheitsbalken gegen das Recht des Stärkeren. Das ebnet den Weg in einen gewaltigen zivilisatorischen Regress einer Neobarbarei, deren düstere Konturen bereits in den globalen und gesellschaftlichen Peripherien aufscheinen.

Wir bedanken uns bei Professor Rainer Mausfeld für dieses Interview.

Quellenangaben für die 1. Frage:

- [1] Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health: Event 201, a high-level pandemic exercise on October 18, 2019. www.centerforhealthsecurity.org/event201/
- [2] Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health: The Event 201 scenario. www.centerforhealthsecurity.org/event201/scenario.html
- [3] Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health: A call to action. <https://www.centerforhealthsecurity.org/event201/event201-resources/200117-PublicPrivatePandemicCalltoAction.pdf>
- [4] Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health: Public-private cooperation for pandemic preparedness and response. www.centerforhealthsecurity.org/event201/recommendations.html
- [5] Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health: Clade X Exercise X.

www.centerforhealthsecurity.org/our-work/events/2018_clade_x_exercise/index.html

Alle Quellen wurden am 7. April 2020 abgerufen. Alle Übersetzungen vom Englischen ins Deutsche mittels www.deepl.com.

Das Rätssystem ist identisch mit Volksherrschaft/ Demokratie

(Fortsetzung aus Nummer 1/20)

Um Demokratie zu ermöglichen, schlug Jefferson nach Ende seiner Amtszeit, als er Klarheit über alles Erlebte gewann, das Rätssystem vor. Die Errichtung kleiner Elementar-Republiken (Bezirke), aus denen dann übergeordnete Strukturen hervorgehen, die streng an die Basis gebunden und von diesen kontrolliert werden müssen. Ohne diese Voraussetzung, würde das republikanische Grundprinzip, dass alle Macht beim Volke liegt, eine leere Phrase sein.

Dazu empfahl er, die Regierungsgeschäfte unter den Staatsbürgern so auf zu teilen, dass jedem Bürger genau die Funktion zugewiesen wird, die er zu erfüllen in der Lage ist.

Sein Anliegen galt vor allem der Sicherheit einer Republik um die Entartung der Regierung und dessen Scheitern zu verhindern, weil nach seiner Einschätzung jedes Staatswesen in großer Gefahr ist, in dem die Macht in den Händen von Einem, von Weingen, von den durch Geburt Begünstigten, oder in den Händen der Mehrheit konzentriert ist.

Es handelt sich darum, jedem Einzelnen, die ihm zukommende Macht der Selbstbestimmung zu erhalten, die er im Rahmen seiner Kompetenzen ausüben kann.

Nur durch das Aufbrechen der alten undemokratischen Strukturen des Parteiensystems, in eine Organisations- und Versammlungsform, in welcher ein jeder zählt und seine Bedürfnisse angemessene Berücksichtigung finden, kann der Zusammenhalt einer sehr großen Gesellschaft langfristig garantiert werden.

Dies kann nur erfüllt werden, wenn man versucht, nach Möglichkeit jede und jeden in die Gestaltung des jeweiligen Gemeinwesens einzubeziehen, die Teilhabe an den Regierungsgeschäften zu jeder Zeit garantiert und nicht nur an bürokratisch festgelegten Wahltagen, die alle paar Jahre im Geheimen zelebriert werden, wo die Staatsbürger in der Regel durch das Parteiensystem gar keinen Einfluss auf die zu wählenden Kandidaten haben.

Und so schrieb Jefferson:

„Wenn es erst keinen Mann mehr im Staate gibt, der nicht Mitglied eines seiner Räte ist, seien diese nun groß oder klein, wird er sich eher das Herz aus dem Leib reißen, als sich seine Macht entwinden zu lassen durch irgendeinen Cäsar oder Bonaparte.“

So wünschenswert wie eine kontrollierte und sanfte Transformation vom gegenwärtigen räuberischen System zu einem vom Volk kontrollierten Gemeinwesen auch sein mag, so wenig ist sie realistisch. Wenn es aber weiter zu erheblichen wirtschaftlichen Einbrüchen und politischen Turbulenzen kommt, hängt vieles davon ab, wie die Menschen

in der Lage sind, sich zu organisieren, welche Auseinandersetzungen sie in den Jahren zuvor geführt und welche gesellschaftlichen Visionen sie entwickelt haben.

So lange das System einigermaßen funktioniert, mögen viele Aktivitäten zu dessen Ersetzung wie ein Kampf gegen Windmühlen erscheinen. Doch sowie das System in chaotische Phasen gerät, werden die jetzt gemachten Erfahrungen sehr nützlich sein.

Eine Bevölkerung, die Jahrzehnte zu passiven Zuschauern degradiert wurde, wird mit schwindender Macht des Systems nichts anzufangen wissen und ihre gewonnene Macht wieder an die üblichen Dogmatiker und Demagogen verschenken. Jedoch werden politisch aufgeklärte und gut organisierte Bürger dagegen eine reelle Chance haben, Systemkrisen als Ausgangspunkt für einen friedlichen Umbau der Gesellschaft zu nutzen, der uns aus der destruktiven Logik des bestehenden Systems herausführt.

Das System der Repräsentanten wird von immer mehr Menschen als Blockade eines tiefgreifenden sozial-ökologischen Wandels verstanden. Der Grund liegt vor allem darin, dass der Fokus von Anfang an, auf kurzfristige Ziele wie Wahlen lag, um systemische relevante Fragen aus dem öffentlichen Diskurs heraus zu halten.

Dies führt einerseits dazu, dass demokratiefeindliche Strömungen lauter werden und nach autoritären Lösungen schreien und andererseits auf der ganzen Welt die Suche nach neuen Formen der Demokratie eingesetzt hat, um die Filter der Repräsentation, des Geldes, der Schulden und einer manipulierten öffentlichen Meinung zu überwinden.

Die repräsentative Demokratie wird von immer mehr Menschen nicht mehr als letztes zu erreichendes Ziel verstanden, sondern als ein Zwischenschritt auf dem Weg zu echter Selbstbestimmung und Selbstorganisation.

Dies bedeutet jedoch nicht, die im Rahmen dieses Systems über 200 Jahre erkämpften Rechte, so löchrig und unvollständig sie auch sein mögen, preis zu geben.

Die bisher errungenen politischen Freiheiten, gilt es gegen den Staatsstreich der Konzerne und allen autoritären Angriffen zu verteidigen und gleichzeitig neue Strukturen an der Basis aufzubauen, um die Limitierung durch Repräsentation nach und nach überwinden zu können.

Diese Doppelstrategie ist wichtig, weil die Basis-Demokratisierung gerade einsetzt und noch einige Zeit für ihre Entfaltung benötigt.

Es gab und gibt zahlreiche radikaldemokratische Denker und Publizisten, aber viele Fragen können letztendlich nur in der Praxis erprobt und entschieden werden.

Aus den Schriften vieler Autoren zum Thema Demokratie, haben wir ein demokratisches Modul destilliert, dass für alle demokratischen Strukturen praktikabel und von uns als empfehlenswert eingestuft wird.

1. Die Macht der Gesetzgebung *Legislative* und die Entscheidung über strategisch wichtige Personalien, liegt immer beim jeweils zuständigen Staatsvolk.

2. Die Macht des jeweils zuständigen Staatsvolkes kontrolliert alle Gewalten durch direkte imperativ/gebundene Mandate und in

letzter Instanz durch militärische Selbstorganisation (gesichert durch Einheiten einer wirklichen Volksarmee).

3. Die vom jeweiligen Staatsvolk gewählten *Judikativen* überwachen die von diesem Staatsvolk legitimierten Gesetze, unabhängig von anderen Gewalten!

4. Die *Exekutiven aller Ebenen*, setzten die Beschlüsse der zuständigen Staatsbürger um!

5. Die *Mediative* präsentiert dem zuständigen Staatsvolk alle relevanten Vorgänge in der *Judikative*, der *Exekutive* und steht dem jeweiligen Staatsvolk zur freien Debatte und Information zur Verfügung.

Jefferson schlug weiterhin vor:

“Die Elementarrepubliken der Räte, die Kreisrepubliken, die Länderrepubliken und die Republiken der Union sollten sich in eine Stufenfolge von Machtbefugnissen gliedern, deren jede, im Gesetz verankert, die ihr zufallenden Vollmachten besitzt und die alle zusammen in einem System von wirklich ausgewogenen Hemmungen und Kontrollen für die Regierung integriert sind.”

Darüber hinaus war er der Meinung, dass man nur für gleich welchen Zweck, den Anfang nur mit den Räten zu machen brauche, um sehr schnell zu entdecken, wofür sie sich sonst noch am besten eignen!

Er legte sich bei der genauen Funktion seiner Räte/Elementarrepubliken nicht fest, weil ihm bewusst geworden war, dass diese Struktur auf sehr viel mehr hinauslief als eine bloße Reform oder Ergänzung der bestehenden Staatsform.

Nach dem er am Ende seiner Regierungszeit Gelegenheit zum Nachdenken hatte, wurde ihm klar, dass der Endzweck einer Revolution die **Konstituierung der Freiheit** im öffentlichen Raum war, in der jeder von seiner Freiheit Gebrauch machen kann. Es kann keiner glücklich genannt werden, der nicht das Recht besitzt, an öffentlichen Angelegenheiten teil zu nehmen, der keine Macht hat über die Regeln die er befolgen soll mit zu bestimmen.

Die Geschichtsschreibung der Hof-Historiker spart das Andenken an alle Versuche des Volkes, für sich selbst demokratische Strukturen zu errichten in der Regel aus, obwohl man deren Ursprünge bis ins Mittelalter zurückverfolgen kann und die in jeder revolutionären Situationen immer wieder alle Hindernisse überwinden können.

Es Handelt sich also um eine neue Staatsform, die in regelmäßigen Abständen immer wieder in Form von spontanen Rätebildungen in Erscheinung tritt.

Vielen der großen Parteifunktionäre wie zum **Beispiel Marx und Lenin viel auf, dass sie selbst solche Ereignisse nicht im mindesten vorhergesehen haben, obwohl diese Ereignisse sich regelmäßig wiederholen.** Sie wussten über die revolutionäre Rolle des Räteystems Bescheid, aber lehnten sie als Keim einer neuen Staatsform immer wieder ab.

Sie betrachteten diese offensichtlichen Elemente der Herrschaft des Volkes, die offenbar jede Revolution übernehmen wollen, als bloße Hilfsmittel ihrer eigenen Machtergreifung die anschließend wieder verschwinden müßten.

Das Rätesystem stand offensichtlich im Widerspruch zu allen revolutionären Theorien und zu allen Überzeugungen der linken Parteifunktionäre, die sie über das Verhältnis von **Macht und Gewalt in einem Staat unter ihrer Führung** haben, die sie mit den noch herrschenden Mächten teilen.

Da sie genau wie alle anderen Parteifunktionäre in der Tradition des Nationalstaates stehen und diese Staatsform niemals kritisch hinterfragt haben, stellen sie sich unter einer **Revolution nichts anderes vor, als einen Prozeß, der zu ihrer Machtergreifung führen muss.**

Macht identifizieren sie mit dem Monopol über alle staatlichen Gewaltmittel und die Machtergreifung mit einem bewaffneten Aufstand, der ihnen diese Macht in die Hände spielt. Nun entsprach aber keine Revolution je diesen Vorstellungen!

In der Wirklichkeit trat meistens ein totaler Machtverlust der alten Regime ein, die ihre Autorität jäh verloren und damit natürlich auch die Kontrolle über die Armee und Polizei, so das ein bewaffneter Aufstand von Seiten des Volkes, sofern er überhaupt nötig wurde, sehr schnell beendet war, weil die Mehrheit der Armee und Polizei in der Regel zum Volk übertritt. Anschließend kam es in der Regel und überall zur Bildung neuer Machtstrukturen, die keineswegs von Parteifunktionären ins Leben gerufen wurden, sondern aus dem Volk spontan erwachsen.

Die linken Parteifunktionäre hatten in jeder Revolution immer wieder das selbe Problem, sobald es zu einer Revolution kam, hatte die Macht die sie gerade eben noch ergreifen wollten, aufgehört zu existieren.

Die linken Parteifunktionäre finden sich immer wieder vor die für sie nicht gerade angenehme Alternative gestellt, entweder den eigenen Parteiapparat an die Stelle der verschwundenen Staatsmacht zu stellen, oder sich einfach den neuen Machtstrukturen des Volkes an zu schließen, die völlig ohne ihre Hilfe entstanden sind.

Nun ist es immerhin bemerkenswert, dass zwei der berühmtesten linken Parteiführer wie Marx und Lenin es waren, in revolutionären Situationen **zwischen die Macht der Räten und die Macht für ihre Partei** hin und her schwankten. Marx bei der Revolution in Paris 1871 und Lenin gleich zweimal in der russischen Revolution 1905 und 1917. Marx hatte über die Vorgänge um die Pariser Kommune einen lichten Moment zum Thema neuer Staatstheorie und bemerkte, dass deren Kommunalverfassung nur eine kurze Skizze war, weil sie nicht genügend Zeit hatten, diese weiter auszuarbeiten.

Ja, Marx interessierte sich nur kurze Zeit für das Rätesystem, als er von den Vorgängen in Paris überrascht wurde. Er fing an zu glauben, dass „die Kommune“ endlich die entdeckte politische Form sei, unter der sich „die ökonomische Befreiung der Arbeit“ vollziehen könnte. Man beachte die Wortwahl „Befreiung der Arbeit“ und nicht „die Befreiung der Arbeiter“. Marx seine abstrakte Betrachtung der Arbeit in seiner Mehrwerttheorie, welche die „Abschaffung der Lohnsklaverei“ nicht kennt und dem Arbeiter lediglich in einer Übergangsgesellschaft, die nie

endet, einen „gerechten“ Lohn verschaffen möchte, ist ein anderes Thema, aber hängt durchaus mit seiner ablehnenden Sichtweise auf das Rätesystem zusammen. Die Mehrwerttheorie von Marx verlässt zu keinem Moment das Lohn-Geld-System und ist damit nicht wirklich revolutionär, sondern reformistisch. Wenn Marx die Fundamente des kapitalistischen Systems angegriffen hat, dann verwies er sie auf eine ferne Zukunft, nach seiner Übergangsgesellschaft, die immer nebulös blieb.

Aber in der Zeit der Pariser Kommune 1871 war ihm vorübergehend klar geworden, dass dieses System der Kommunen die Staatsmacht selbst in die Hand genommen hätte, wenn sie nicht mit militärischer Gewalt daran gehindert worden wären. Er erkannte zu dieser Zeit das Rätesystem der Kommunen als die wirklich demokratische Grundlage für eine freie Republik an. Aber zwei Jahre später bezeichnete er das lokale Selbstregierungssystem als Trümerei, gab sie völlig auf und kehrte zur „realpolitischen“ Vorstellung von der Diktatur des Proletariats zurück, die in Realität immer auf die Diktatur der Parteiführer hinausläuft.

Marx war an der Staatsfrage desinteressiert und konzentrierte sich auf die soziale Frage, was ihn zu einem hervorragenden Bündnispartner aller reformistischen Strömungen machte. Nicht zuletzt geht auch die Gründung der SPD und der II. Internationale auf seine Initiative zurück, nachdem er das Bündnis mit den Anarchisten in der I. Internationale (IAA) aufgekündigt hatte, weil die sich seiner Diktatur (Generalität) nicht unterwerfen wollten.

Zitat: *„Die Arbeiter müssen ... auf die entschiedenste Zentralisation der Gewalt in die Hände der Staatsmacht hinwirken. Sie dürfen sich durch das demokratische Gerede von der Freiheit der Gemeinden, von Selbstregierung usw. nicht irre machen lassen.“* (Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln, Ausgabe der Sozialdemokratischen Bibliothek, Bd. IV, Hattingen/Zürich 1885, S.81)

Wer sich das Zitat genau durch den Kopf gehen lässt, kommt vielleicht auf die Frage: In wessen Zentralmacht sollen die Arbeiter alle Gewalt übergeben und wer ist genau diese neue „Staatsmacht“?

Dieses Zitat zielt keineswegs darauf ab, die Macht in die Hände der Arbeiter zu legen, sondern erklärt die Arbeiter für „irre“, wenn sie nur daran denken.

Seit die marxistischen Parteifunktionäre Marx für „unfehlbar“ erklärt haben, liegt ihr Gehirn an der Garderobe und sie haben statt dessen einen dogmatischen Katechismus erschaffen, der einen Teil des Volkes und nicht nur Arbeiter, im wahrsten Sinne des Wortes in die Irre geleitet hat.

Zitat: *„Die revolutionären Gemeinderäte sind für Marx nichts weiter als zeitweilige Kampforgane, die die Revolution vorwärtstreiben sollen, er sieht in ihnen nicht die Keimzellen für eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft, die vielmehr von oben, durch die proletarisch zentralistische Staatsgewalt, erfolgen soll.“* (Oskar Anweiler, Die Rätebewegung in Russland 1905-1921, S.19)

Auch hier wieder die Formulierung „proletarisch zentralistische Staatsgewalt“. Doch wer bitte ist diese „Staatsgewalt“ in der

„Realpolitik“? War das wirklich „das Proletariat“? Kann das gesamte Proletariat „ein“ Diktator sein? Natürlich nicht und diese „schwere Aufgabe“ haben dann immer die marxistischen Parteiführer übernommen.

Rein mathematisch benötigt eine Mehrheit der Gesellschaft wie die Lohnabhängigen gar keine Diktatur, weil sie in jeder demokratischen Struktur, ja gerade die Mehrheit stellen und mit Demokratie ausgezeichnet zurecht kommen. Aber eine Parteiführung kommt mit Demokratie eben gar nicht zurecht und muss ihre Diktatur errichten, oder in die Bedeutungslosigkeit verschwinden.

Genau diese Position zu den Räten, kann man bei dem Marxisten Lenin gleich zweimal feststellen, weil er genau zweimal mit dem Räte-system konfrontiert war, das er nie propagiert hatte und in deren Hände er seine Macht „die Macht der Partei“ nie legen wollte. Erst begrüßt dieser Typus von Parteifunktionär das Erscheinen der Räte, um ihnen dann recht bald zu erklären, dass ihnen die Macht gar nicht zusteht und wenn sie diese nicht freiwillig an „die Partei“ übergeben, müssen sie eben „liquidiert“ werden.

Zu Beginn der Revolution täuschte er die Räte mit der Losung: „Alle Macht den Sowjets (Räte)!“ um sofort nach dem Ende der Alten Macht, seine Abneigung gegen die Sowjets/Räte als „überparteiliche“ und „parteilose“ Organisationen hervorzuheben und solche Körperschaften „schlagkräftig“ durch seine Partei „überflüssig“ zu machen.

Dabei handelt es sich um einen stereotyp feststehenden Verhaltensablauf aller Parteifunktionäre gegenüber demokratischen Strukturen der Selbstverwaltung.

Als sich die in die Enge getriebenen Sowjets mit einem Aufstand gegen die Parteidiktatur wehren wollten, missbrauchte Lenin sofort seine erschlichene „Staatsmacht“ und setzte die Armee des Landes mit verleumderischer Propaganda, dass die Sowjets „konterrevolutionär“ seien, gegen alle Aufständischen ein und ließ sie an die Wand stellen, genauso wie 50 Jahre zuvor die Kommunisten an die Wand gestellt wurden.

Das bolschewistische Regime behielt den Namen des Landes „Sowjetunion“ bei, weil Lenin und Trotzki mehr als einmal betont hatten, dass die Räte die einzige Form unmittelbarer Demokratie seien. Sie saßen in der eigenen Falle und konnten die Peinlichkeit nur nach innen mit Gewalt unterdrücken. Dieser Name diente nur zur Verschleierung der wirklichen Verhältnisse und war zur Lüge geworden.

Gerade Trotzki hatte bereits 1905 das Merkmal der Sowjets und ihre spontane Entstehung, als ein elementares Bedürfnis der Massen erkannt und sie in deutlichen Gegensatz zu den Verschwörungen linker Parteifunktionäre gestellt. Wie peinlich muss es für ihn gewesen sein, wenn er daran erinnert wurde?

Im Ernstfall denkt keiner der linken Parteifunktionäre daran, das Machtmonopol ihrer Partei den Räten zu überlassen, sondern sie nehmen sogar blutige Unterdrückung und auf lange Zeit hin berechnete Zwangsherrschaft in einer so genannten „Übergangsgesellschaft“ in Kauf.

Die Parteifunktionäre wussten ganz genau, dass ihnen in einem Sowjetsystem nicht nur der Verlust der Staatsmacht, sondern auch der Verlust einer beschränkten Macht drohte, die ihnen in jedem bürgerlichen Parlament zufallen würde.

Während der Zeit der bayrischen Räterepublik 1919 erklärte Eugen Levine (KPD), einer der prominentesten marxistischen und Parteifunktionäre: „**Die Kommunisten treten nur für**

eine Räterepublik ein, in der die Räte eine kommunistische Mehrheit haben.“ (Zitiert nach Helmut Neubauer München und Moskau 1918-1919: „Zur Geschichte der Rätebewegung in Bayern“, in den Jahrbüchern für die Geschichte Osteuropas, Beiheft 4, 1958)

Damit wird deutlich, dass der Begriff Kommunist für Marxisten eigentlich gar nicht zutrifft, weil dieser sich auf die Bewegung der Kommune aus der französischen Revolution von 1792-93 und 1872 bezieht, welche nichts mit dem Parteiensystem zu tun hatten. Die Marxisten stehen dafür aber ganz klar in der Tradition der Jakobiner, welche die Pariser Kommunen und deren Sektionen von 1789-93 blutig bekämpften und Mitbegründer des parlamentarischen Parteiensystems waren. Sowohl die Jakobiner, als auch die Marxisten haben ihre Hände mit dem Blut der „Kommunisten“ im wirklichen Sinne des Wortes beschmutzt.

In der Regel werden die linken Parteien und ihre Führer vom Ausbruch einer Revolution völlig überrascht und darum sind sie nicht die Revolutionäre, sondern die Jenigen, welche nach dem Ausbruch einer Revolution versuchen die Macht in ihre Hände zu bekommen, bevor es das Volk schafft sich zu befreien und seine demokratische Räte-Macht zu errichten. Das bedeutet, dass Parteien grundsätzlich und im Endeffekt immer konterrevolutionär in Bezug auf die Errichtung einer wirklichen Volksherrschaft sind.

Der Autoritätsverlust der Machthaber, der jeder Revolution vorangeht, ist heute wieder für alle sichtbar. Die Symptome allgemeiner Unzufriedenheit und Verachtung gegenüber den Regierenden ist heute allgegenwärtig und stürzt alle Parteien immer wieder der Reihe nach in Existenz-Krisen. Aus Erfahrung können wir also sagen, dass die weit verbreitete Verachtung für die herrschenden Machthaber, der unwiderstehlichste Verursacher einer Revolution ist.

So unbedeutend wie Parteifunktionäre in der Regel für den Ausbruch einer Revolution sind, desto gefährlicher sind sie für den Verrat der Revolution, wenn wir nicht aus der Geschichte lernen und uns von ihren Sonntagsreden einwickeln lassen, um ihnen unsere durch eine Revolution errungene Macht zu überlassen.

Der gewöhnliche Parteifunktionär, welcher die einmal ausgebrochene Revolution in die Hand bekommt, ist gerade besonders ungeeignet eine Revolution zu verwirklichen und wird selbstverständlich sein undemokratisches Handwerk anwenden, um all das was dem widerspricht was er gelernt hat, als konterrevolutionär zu denunzieren.

Das Dilemma der vergangenen Revolutionen liegt nicht zuletzt darin, dass sich gerade das Proletariat immer wieder auf gebildete Kleinbürger stützen und verlassen mußte, weil das Vertrauen in die eigene Bildung und Fähigkeiten, um eine neue Staatsmacht zu errichten, zu gering war. Der Dreh und Angelpunkt liegt also darin, die unterdrückte Klasse durch Bildung und Aufklärung auf ihren meist spontan ausbrechenden Aufstand vorzubereiten und deren Selbstvertrauen zu stärken.

Bisher hatten wir nur den marxistischen, also eher nach rechts ausschlagenden Flügel des intellektuellen Kleinbürgertums behandelt, aber es gibt auch einen ultralinken, den Anarchismus! Die Vertreter des Anarchismus wurden in der Vergangenheit als Widerpart zu den autoritären Marxisten überschätzt. Wie sollten gerade Anarchisten einem Phänomen

wie dem Rätssystem gerecht werden, das so deutlich darauf hinweist, dass eine Revolution nicht staats-,regierungs- und ordnungsfeindlich ist, sondern die Neugründung des Staates und die Errichtung einer neuen Ordnung bezweckt.

- Wer nach einer demokratischen Legislative verlangt, meint das Volk als Machthaber, also Gesetzgeber!
- Wer nach einer demokratisch gebundenen Exekutive verlangt, welche die Beschlüsse eines Staatsvolkes verwirklicht, meint ein Gewaltinstrument des Volkes!
- Wer nach einer demokratisch gebundenen judikativen Instanz und Rechtssicherheit verlangt, meint wieder ein Gewaltinstrument des Volkes!
- Und wer nach einer demokratischen Mediative verlangt, welche die Kontrolle des Volkes über alle ihn betreffenden Angelegenheiten sichert, meint wieder eine Gewaltinstrument des Volkes!

All diese Dinge zusammen genommen sind ein Staatsmodell, in dem das Volk als Legislative herrscht und die von ihm eingesetzten und an ihn gebundenen Gewalten streng voneinander teilt, damit sie sich nicht gegen das Volk verschwören können.

In jeder Revolution haben sich spontan Räte gebildet und wir haben eine Revolution vor der Tür. Jetzt kommt es darauf an, die Bevölkerung über ihre demokratischen Traditionen aufzuklären und deren Selbstvertrauen zu stärken, damit sie nicht länger ihre Macht an die falschen Propheten des Parlamentarismus verschenken.

Schon jetzt muss überall da wo es möglich ist, mit der Organisation eines repräsentativen Selbstverwaltungssystems begonnen werden.

Fangen wir zum Beispiel mit der Organisation freier und demokratisch verfasster Medien an, die das Informationsmonopol der herrschenden Klasse und ihrer Parteien brechen, um deren Indoktrination zu neutralisieren. Aber kommen wir darauf zurück die ultra-linken Anarchisten und deren Verhältnis zur Volksherrschaft durch das Rätssystem näher zu betrachten.

In der Tat waren die Anarchisten in revolutionären Situationen immer sehr schnell bereit Räte zu unterstützen und tendieren oft dazu, sich der Volksherrschaft anzupassen. Aus ihren Reihen gingen einige sehr ehrliche Revolutionäre hervor, die meist tragisch scheiterten.

Leider fehlte ihnen immer wieder eine programmatische Vorstellung über die Funktionsweise des Rätensystems und der Volksherrschaft überhaupt, was wieder und wieder mit ihrem recht naiven Nihilismus gegen jede Macht, ja auch die Macht des Volkes, kollidierte, ohne zu bemerken, dass dies ein Konflikt zwischen ihrer, meist bewaffneten Macht der anarchistischen "Warlords wider Willen" und des Volkes war. Immer wieder verstiegen sie sich in ihrem recht schlichten programmatischen Glauben darin, dass sie gewaltsam festlegen dürften, was das Volk als Souverän zu wollen hat.

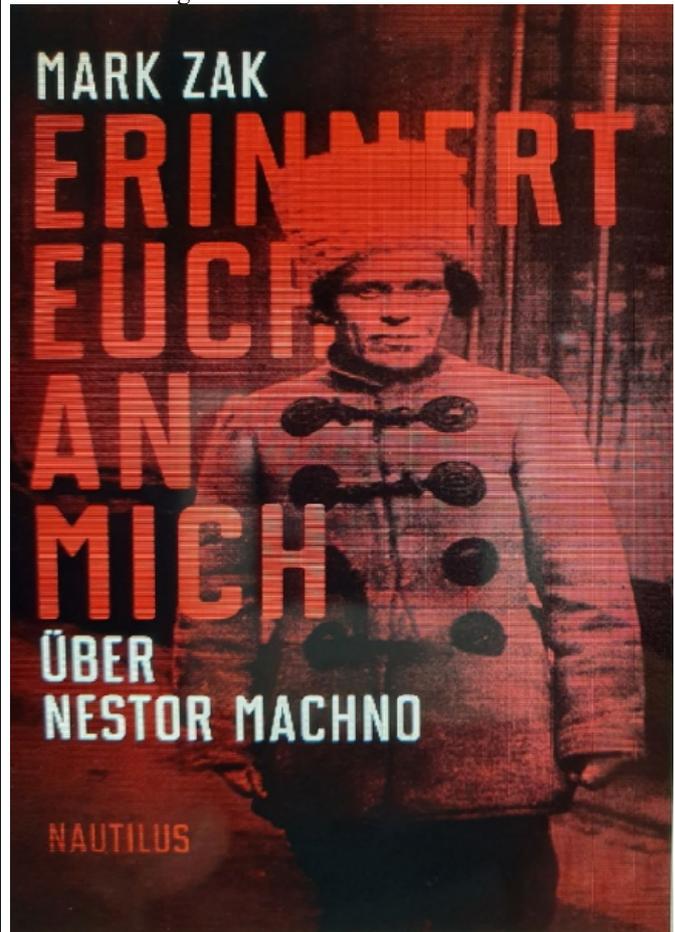
Die zahllosen und oft gewaltigen Niederlagen der Anarchisten in den Ereignissen ihrer ersten Terrorwelle Ende des 1900, Anfang des 2000 Jahrhunderts, dann im Bürgerkrieg der Ukraine 1917-1921 und dann endgültig nach dem Scheitern im spanischen Bürgerkrieg 1936, stürzte sie in eine tiefe Sinnkrise, aus der sie bis heute verzweifelt einen Ausweg

suchen. Zitat aus "Erinnert euch an mich" (siehe Bild unten) Seite 169-170.

"In den Dörfern, die die Machnowschtschina befreit, schlägt sie Plakate an, auf denen sie alle Arbeiterinnen der Umgebung informiert, dass die >>Revolutionäre Aufständische Armee im Dienste keiner politischen Partei, keiner Macht, keiner Diktatur<< steht. Im Gegenteil, es handelt sich um eine Armee, die versucht, >>das Gebiet von jeder politischen Macht, von jeder Diktatur zu befreien. ... Gleichzeitig warnt die Armee ... In Revolutionen, so heißt es, liegt die Macht auf der Straße. Die selbstgestellte Aufgabe der Machnowschtschina lautete, sie dort liegen zu lassen – und Sorge zu tragen, dass niemand anderes sie ergreift."

Wer hat nach dieser Sachlage den nun die Macht zu entscheiden? Offensichtlich eben diese anarchistische Armee mit ihren Waffen! Ganz offensichtlich sehen sie den Balken im eigenen Auge nicht!

Einige der bekanntesten Vertretern des heutigen "Anarchismus", den es als solchen natürlich nicht gibt, tendieren sehr oft und in sehr vernünftiger Weise zu einer Übereinkunft mit den Aussagen und Kritiken ihrer Positionen von Hanna Arendt, zu einer Volksherrschaft per Rätssystem. Diese Entwicklung ist sehr positiv und sollte aktiv gefördert werden. Dazu ist es sehr notwendig, Debatten darüber zu organisieren, was bisher im Namen des Anarchismus wirklich und praktisch passiert ist. Dazu empfehle ich zwei Bücher, welche mit der Aufarbeitung dieses Themas sehr wohlwollend und sachlich begonnen haben:





Zurückblickend auf die Geschichte, erleben wir seit der französischen Revolution gegen den Absolutismus, einen dialektischen Macht-Diskurs, zwischen gegenüberstehenden Thesen und Antithesen, die unermüdlich nach einem neuen Verständnis der Macht und abschließenden Lösung als neue Synthese suchen. Als einen solchen Diskurs kann man durchaus die Thesen des Reformismus, wozu ich letztendlich auch den Marxismus rechnen muss, und Antithesen der Vertreter des Anarchismus betrachten.

Die Thesen und Antworten der Reformisten auf den Absolutismus einer Person (König, Kaiser, usw.), ist die Diktatur einer Partei, ob nun mit oder ohne Parlament.

Die Antithese der Anarchisten ist die Zerstörung jeder Machtstruktur, auch die vom Volk selbst zu errichtende, was letztendlich immer zu einer Willkürherrschaft von anarchistischen "Warlords wieder Willen" geführt hat und auch immer wieder führen würde.

Was könnte die Synthese aus diesem Diskurs zwischen Kommunismus und Anarchismus sein? "Kommunistischer Anarchismus", also eine Mischform aus der Diktatur einer Partei und der Willkürherrschaft von anarchistischen Warlords? Oder versuchen wir es lieber mal mit "Volksherrschaft"/ "Radikaldemokratie"?

Jürgen Michael Hackbarth

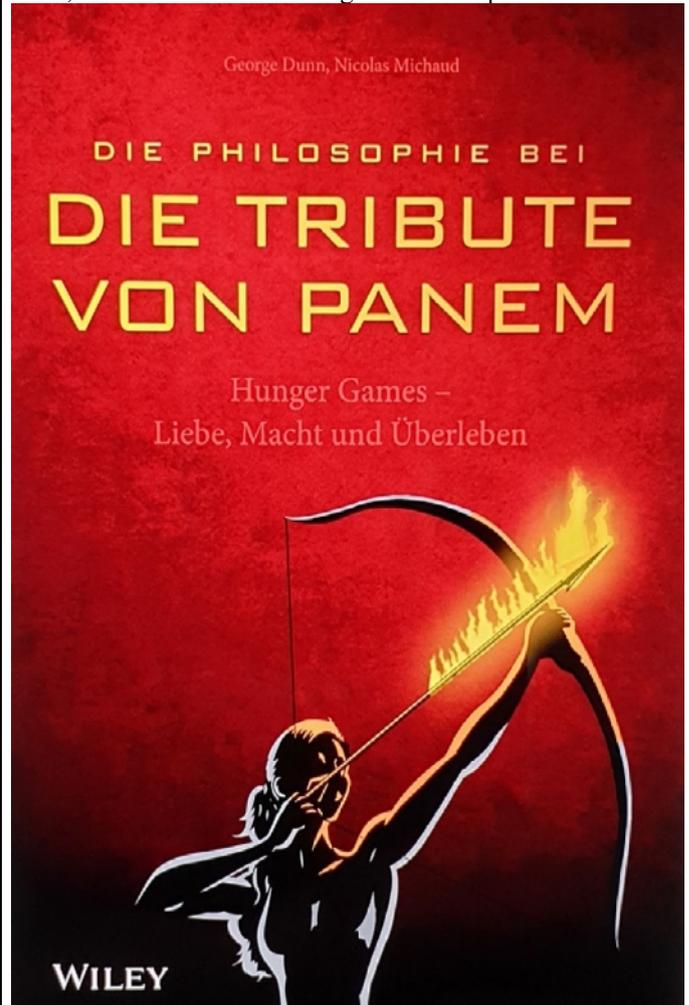
Kunst als Katalysator für Aufstände und Revolutionen Am Beispiel der „Die Tribute von Panem“

Zwischen 2012 und 2015 fieberte meine jüngste Tochter (geboren 2002) den Verfilmungsfolgen der literarischen Trilogie "Die Tribute von Panem" entgegen und überredete mich diese mit ihr anzusehen. Ich staunte nicht schlecht, als ich eine Junge Frau als Anführerin eines Aufstandes in einer "fiktiven", aber deutlichen Spiegelgesellschaft der USA präsentiert bekam.

Meine Tochter ist sich bis heute nicht wirklich bewusst, was sie an dieser Geschichte so interessiert und begeistert, aber mir scheint dort eine Saat ausgebracht zu sein, die in der nahen Zukunft aufgehen könnte.

Kürzlich hatte ich ein Erlebnis, welches mich wieder an diese Serie erinnerte und mich zu weiteren Nachforschungen veranlasste, was denn aus der Serie geworden ist und so stieß ich auf das folgende Buch und auf eine geplante Fortsetzung, die eigentlich ein Rückblick in die Kindheit des gestürzten Präsidenten sein soll. Der 4. Band erschien gerade am 19. Mai 2020 in den USA.

Das dabei von mir gefundene Buch ist aber kein Teil der Serie, sondern eine Betrachtung von Philosophen dieser Serie.



Vor einer Woche sah ich spät abends eine sehr junge Frau in einer Tankstelle an der Kasse ein recht dickes Buch lesen und erst aufschauen, als ich eintrat. Wie immer interessierte es mich auch diesmal, welches Buch sie liest und fragte nach. Sie nannte "Die Tribute von Panem". Ich war erstaunt und sagte: „Das ist aber eine Geschichte die einen revolutionären Aufstand beschreibt.“ Sie: Ja genau! Haben sie ein Problem damit? Ich: Nein, ganz im Gegenteil! Und bestärkte sie in ihrer Wahl. Als ich über meine jüngste Tochter erzählte und dass sie mich drängte mit ihr diese Serie anzuschauen, wurde mir die Absurdität der Situation bewußt, weil sie hinter einer Plexiglasscheibe stand und ich gezwungen war einen Mundschutz zu tragen, während wir über eine aufständische Geschichte schwärmten.

Falls ich diese junge Frau zufällig wieder ein mal treffen sollte, werde ich ihr das Buch über die philosophischen Nachbetrachtungen zu "Die Tribute von Panem" empfehlen und sie mit einem Beitrag zu diesem Thema in diese Zeitschrift einladen.

Diese Empfehlung und Einladung spreche ich an dieser Stelle natürlich an alle interessierten Leser aus.

Die Autorin der Geschichte ist (Suzanne Collins), welche sie nach der Finanzkrise von 2008 geschrieben und veröffentlicht hat. Sie spricht offensichtlich gerade junge Frauen an, die sich schnell mit der Heldin dieses Aufstandes, der zu einer Revolution wird, identifizieren können. Das ist besonders bemerkenswert, weil Frauen in jeder Revolution eine führende Rolle gespielt haben und oft sogar die Auslöser und treibenden Kräfte waren.

Heute liegt die Notwendigkeit von revolutionären Veränderungen unserer Gesellschaft in naher Zukunft deutlich auf der Hand und ich bin gespannt, was da für eine Generation von selbstbewussten und streitbaren Frauen heranwächst. Suzanne Collins hat auf jeden Fall einen Anteil an deren Prägung und ich bekomme das immer wieder in Meinungsstreits über politische Themen mit meiner jüngsten Tochter zu spüren. Sie ist mir gegenüber äußerst kritisch und hinterfragt alles ganz genau. Ich bin stolz auf sie.

Es wurden über 100 Millionen Bücher weltweit verkauft. Wer hat die gelesen? Und wie viele haben die Filme gesehen?

Auf jeden Fall ist dieses Buch ein guter Einstieg für Jung und Alt, um miteinander über das Thema Aufstand, Revolution und eine zukünftige Gesellschaft und deren Beschaffenheit ins Gespräch zu kommen. Außerdem hält diese Geschichte der existierenden Gesellschaft, der so genannten "Westlichen Welt" und ihrem Wechsel zwischen "Brot und Spiele" den Spiegel vor.

Die Autorin verarbeitet in dieser Geschichte unter anderem Kriegserlebnisse ihres Vaters, der Offizier der Air Force war und nimmt zwei Figuren als Vorbild für ihre Heldin Katniss Everdeen, Theseus und Spartacus.

Theseus stammt aus einer griechischen Mythologie, in der er den Minotaurus, ein blutrünstiges Monster mit einem Stierkopf, besiegt und enthauptet. Spartacus war ein Gladiator und legendärer Anführer eines Sklavenaufstandes gegen das römische Imperium, mit dem sich die heutige USA gern vergleicht.

Spartacus dient bis heute als politische Symbolfigur und wurde auch von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für ihren Spartakusbund, der Vorläuferorganisation der KPD als

Namensgeber benutzt:



Theseus war ein legendärer König von Athen und einer der berühmtesten Helden der griechischen Mythologie. In der Parischen Chronik ist der Beginn seiner mythischen Königsherrschaft in Athen für den Zeitraum von 1259-58 v. Chr. angegeben.

In der Ebene von Marathon trieb der marathonsche Stier sein Unwesen, richtete Verwüstungen an und tötete viele Menschen. Theseus fing den Stier ein, brachte ihn nach Athen und opferte ihn dem delphischen Apollon.

Doch die Geschichte ist mit dem Herrscher von Kreta Minos und dessen monströsen Sohn Minotaurus verwickelt, während der getötete Stier vermutlich nur eine Metapher für irgend eine Abhängigkeit von Athen gegenüber Kreta darstellt, die jährlich einen Tribut von Athen in Form von sieben Jünglingen und sieben Jungfrauen verlangten die per Los ermittelt wurden. Dies ist natürlich die Vorlage für die Tribute

von Panem, bei denen es ganz ähnlich zugeht.

Theseus meldete sich freiwillig und versprach dem Unrecht ein Ende zu setzen. Auch die Heldin von Suzanne Collins, Katniss, meldet sich freiwillig, aber hat zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor, einen Aufstand vom Zaun gegen die Fremdherrschaft durch die Bewohner des Kapitols zu brechen.



Spartacus hingegen ist eine reale Gestalt und aufständischer Sklave gegen ein Imperium. Er kämpft gegen reale Menschen und nicht gegen Fabelwesen, erst in der Arena gegen seines Gleichen und dann gegen die Unterdrücker, genau wie Katniss. Damit verließ die Autorin die mythische Ebene und näherte sich der Realität und Gegenwart an.



God des Spartacus, Zeichnung von Hermann Vogel.

Die Autorin vereint also die Geschichte von Theseus und Spartacus, projiziert sie auf eine wehrhafte junge Frau und versetzt sie in eine dystopische Zukunft einer fiktiven Gesellschaft, die in vielem dem ähnelt, was sie in den USA beobachtet, besonders wenn man die Erlebnisse ihres Vaters in der US Air Force nicht unterschlägt, die fast permanent für Kriege des heutigen Imperiums unterwegs ist und Tribute einfordert.

Nach dieser kurzen Einführung will ich nun zu dem Buch der Philosophen über diese Serie kommen und es systematisch nach Parallelen zu unseren Themen durchforsten.

Den ersten Teil dieser Betrachtungen möchte ich mit einem Zitat aus der Einleitung des Buches "Die Philosophie bei – Die Tribute von Panem" Seite 4-5 beenden:

"Die Panem -Trilogie ist eine Geschichte, die eine Warnung enthält, was aus der menschlichen Gesellschaft werden könnte. Sie beschreibt eine Welt, in der Kinder zur Unterhaltung der Massen abgeschlachtet werden, die Macht in den Händen nahezu unantastbarer Tyrannen liegt und die Arbeiter hungern, während die Wohlhabenden vergnügt zuschauen. Gleichzeitig bietet sie uns eine Chance, darüber nachzudenken, wie diese unheilvollen Kräfte ihre Schatten in unserer heutigen Welt voraus werfen könnten und dass sich die außergewöhnliche Fähigkeit zu Herzengüte und Heldentum oft in scheinbar gewöhnlichen Sterblichen verbirgt, beispielsweise in einem mutigen heranwachsenden Mädchen, das entschlossen ist, seine Familie zu beschützen. Außergewöhnliches ethisches Handeln aufseiten gewöhnlicher Menschen könnte schlussendlich unsere größte Hoffnung auf Rettung sein."

(Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe)

Jürgen Michael Hackbarth

Anders Wirtschaften jetzt!

Aufruf der Initiativen für einen
ökonomischen Wandel zu
einem zukunftsfähigen und gerechten
Wirtschaften!

Corona- und Klimakrise machen die Absurdität des jetzigen Systems für viele offensichtlich. Diese Situation ist eine historische Chance für eine grundlegende Neuausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ermöglicht neu zu fragen, wie wir leben wollen. Gute Antworten sind da.

Wir – Menschen, die seit langem in unterschiedlichen alternativökonomischen Bewegungen aktiv sind: zu Commons, Solidarischer Ökonomie, Degrowth, Gemeinwohl-Ökonomie, Tauschlogikfreiheit, kollaborativer und kokreativer Ökonomie – haben uns im Netzwerk

Ökonomischer Wandel zusammenschlossen, um in Vielfalt zu vertreten, was uns eint: eine zukunftsfähige Alternative zur gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Auch wenn sich unsere Perspektiven und Vorschläge im Detail unterscheiden, überwiegen grundlegende Gemeinsamkeiten. Zusammen führen sie zum Ziel: einer solidarischen, ökologischen und demokratischen Wirtschaftsweise. Wir sehen nicht Geld, Kapital und Wachstum, sondern Menschen und Natur im Zentrum des ökonomischen Handelns.

Das jetzige Wirtschaftssystem spaltet die Gesellschaft, schafft extreme Ungleichheit und gefährdet so die Demokratie. Es trennt uns von der Natur und zerstört unsere Lebensgrundlagen – und damit seine eigene Basis. Es entfremdet uns sowohl von anderen Menschen als auch von unseren eigenen Bedürfnissen. Es lenkt zu viel unserer Lebensenergie in sinnlose Arbeit, während gleichzeitig viele sinnvolle Tätigkeiten unerledigt oder ungeschen bleiben. Wir kündigen der Konkurrenz und dem Zwang, immer weiter zu wachsen. Wir streben nach einem guten Leben für alle.

Eine wirksame Alternative nutzt drei Wege:

- + das Ausweiten von Commons
- + die Gemeinwohlorientierung der Märkte
- + die Demokratisierung des Staates

Diese drei Wege stehen nicht gegeneinander, gemeinsam führen sie zum Ziel.

Commons auszuweiten bedeutet:

- + jenseits von Markt und Staat selbstorganisiert und sinnstiftend tätig sein
- + in Peer-to-Peer-Prozessen herstellen, was wir zum Leben brauchen
- + so besitzen, dass alle gut sein können (Besitz statt Eigentum)

Märkte am Gemeinwohl auszurichten bedeutet:

- + Profit- und Konkurrenzlogik sowie den Erwerbszwang zurückdrängen
- + das Schädigen von Mensch und Mitwelt ahnden und das Sorgen für Mensch und Mitwelt belohnen, z. B. mit einer Gemeinwohl-Bilanz
- + Vielfalt, überschaubare Größen und demokratische Strukturen von Unternehmungen fördern

Den Staat zu demokratisieren bedeutet:

- + eine Daseinsfürsorge bereitstellen, welche die Teilhabe aller ermöglicht, vor Erwerbs-
- + zwang schützt und Ausschlüsse vermeidet Spielregeln setzen, die Commons stärken und Märkte auf das Gemeinwohl ausrichten

+ alle Lebensbereiche demokratisieren und uns so den Staat anzueignen

Das gute Leben für alle

Wenn wir so wirtschaften, können wir die ökologische Sensibilität des Planeten respektieren und das gute Leben für alle sichern. Zwänge fallen weg und mit ihnen die Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut, Abstieg und Ausgrenzung. Wir genießen materielle Grundgeborgenheit in lebensfreundlichen Nachbarschaften. Wir gewinnen Zeit für Bildung, Muße und Spiel, ohne das Notwendige zu vernachlässigen. Wir schaffen Raum für die großen Fragen des Lebens und den inneren Wandel.

An der Basis eines solchen Wirtschaftens steht ein verändertes Miteinander. Denn eines ist klar: Es tragen immer andere zu unserem Leben bei und wir zum Leben anderer. Wir wirtschaften nie allein. Dieses existenzielle Verbundensein wollen wir anerkennen und solidarisch gestalten. Weder die unsichtbare Hand des Marktes noch die Technik oder Algorithmen werden es richten. Sondern wir Menschen mit unserer Kreativität und Kooperationsfähigkeit.

Nur eine Wirtschaftsweise, die nicht auf Kosten anderer geht, ist eine freie Wirtschaft. Nur ein Wohlstand, der intakte Ökosysteme, sozialen Zusammenhalt und wirkliche Demokratie einschließt, erlaubt wirkliche Freiheit. Nur gegenseitig können wir uns ermöglichen, uns in Freiheit in dieser Welt zu verwirklichen.

Wir erleben eine historische Chance. Lösungswege sind da. Begehen wir sie gemeinsam, um diesen grundlegenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft zu erwirken. NOW!

www.Netzwerk-Oekonomischer-Wandel.org

Silke Helfrich,
Commons

Matthias Schmelzer,
Degrowth/Postwachstum

Christian Felber,
Gemeinwohl-Ökonomie

Thomas Dönnebrink,
Kollaborative/Kokreative Ökonomie

Dagmar Embshoff, Solidarische Ökonomie

Friederike Habermann,
Tauschlogikfreies Wirtschaften

Wochenzeitung „Der Aufstand“, Titelseiten der letzten 4 Ausgaben, Download durch anklicken der Bilder oder über das Forum „Debattenraum“, <https://debattenraum.eu/viewforum.php?f=49> oder <http://deraufstand.wihuman.de/>

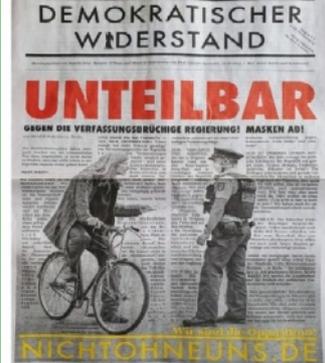
DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
Ausgabe 19/20 10.05.2020



www.debattenRaum.net
Das politisch unabhängig moderierte Forum, bewegungsübergreifend, außerparlamentarisch.
Diese Wochen-Zeitung und die anhängigen Flugblätter können als PDF-Datei unter:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu/> kostenfrei herunter geladen werden. Jeder Leser kann über die Adressen im Impressum Artikel einreichen.
Die Redaktion

IMPRESSUM V.I.S.d.P.
Herausgeber: Holger Tharow-Nasimov
Redaktion: gestellt von „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG), Tel.: 0171-2080710
Anschriß: Reclamsr. 30, 22111 Hamburg
E-Mail: gdg-deraufstand-abo@wihuman.de

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
Ausgabe 20/20 17.05.2020



v.I.S.d.P.: Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp (ebenda), Vorstand K.D.W. e.V./Gr. Berlin - Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V./Gr. - Ostpreussendamm 170, 12207 Berlin

DEUTSCHE WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN.DE
Spahn will mit Immunitäts-Ausweis das Grundgesetz aushebeln

Diese Wochen-Zeitung und die anhängigen Flugblätter können als PDF-Datei über die Email im Impressum kostenfrei bezogen werden. Download hier:
<http://deraufstand.wihuman.de/> oder <https://debattenraum.eu/>
Die Redaktion

IMPRESSUM V.I.S.d.P.
Herausgeber: Holger Tharow-Nasimov
Redaktion: gestellt von „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG), Tel.: 0171-2080710
Anschriß: Reclamsr. 30, 22111 Hamburg
E-Mail: gdg-deraufstand-abo@wihuman.de

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
Ausgabe 21/20 24.05.2020



NO US EXTRADITION - PARTNER OUR PROTESTS & DEMOS
JULIAN ASSANGE
US EXTRADITION CASE ADMINISTRATIVE HEARING
MONDAY 1ST JUNE 11 AM
PUBLIC GALLERY OPEN WITH COVID-19 SOCIAL SUSTAINING RULES APPLYING

Wiederholte Mahnungen, Geldstr. 500,-
Hauptstrafe: 6 Monate, 1 Jahr, 180 Tag
Mehrfach: 3 Jahre, 5 Jahre, 10 Jahre, 15 Jahre, 20 Jahre

LOCKDOWN KOSTET EXISTENZEN



FOCUS DE
Lockdown ist verfassungswidrig: Anwältin klagt gleich in mehreren Bundesländern
Diese Wochen-Zeitung und die anhängigen Flugblätter können als PDF-Datei über die Email im Impressum kostenfrei bezogen werden
Die Redaktion

IMPRESSUM V.I.S.d.P.
Herausgeber: Holger Tharow-Nasimov
Redaktion: gestellt von „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG), Tel.: 0171-2080710
Anschriß: Reclamsr. 30, 22111 Hamburg
E-Mail: gdg-deraufstand-abo@wihuman.de

OPENPETITION.DE
Teilen: Abschaffung der Mundschutz- bzw. Maskenpflicht in Deutschland - Online-Petiti...

DER AUFSTAND
für eine Gesellschaft der Gleichen
Ausgabe 22/20 31.05.2020



Diese Wochenzeitung kann als PDF-Datei über die Emailadresse im Impressum kostenfrei bezogen werden. Wir produzieren seit März 2019 diese „Mitmachzeitung“ und nehmen gern Artikel und Leserbriefe inhaltlich komplett auf.
Die Redaktion

IMPRESSUM V.I.S.d.P.
Herausgeber: Holger Tharow-Nasimov
Redaktion: gestellt von „Gesellschaft der Gleichen“ (GdG), Tel.: 0171-2080710
Anschriß: Reclamsr. 30, 22111 Hamburg
E-Mail: gdg-deraufstand-abo@wihuman.de